

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein neuer Schildbürgerstreich aus Groß-Schöppenstedt.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Früher ging der Parade der langen Kerls ein kleines Kerlchen voran, der aus den Kleinsten ausgesuchte Lambour. So marschiert auch komischerweise heute noch der preussischen Reaktion die des kleinen braunschweigischen Herzogtums voran. Das gilt nicht nur für den Wahlrechtskampf, in dem bekanntlich das erste Massaker in Braunschweig stattfand, sondern auch in anderer Beziehung.

Das Vorgehen des Polizeipräsidenten von Jagow gegen die Freie Volksbühne hat ebenfalls sein Braunschweiger Vorbild gehabt.

Vom Braunschweiger Theater hört man nicht viel. Es ist zwar in der Literaturgeschichte verewigt, weil aus dem Braunschweiger Hoftheater Heinrich Heines „Almanzor“ seine erste und letzte Aufführung erlebte; in der Gegenwart jedoch liegt die braunschweigische Hofbühne in einem tiefen Schläfe. Die ganze neue und neueste Richtung ist spurlos an ihr vorübergegangen. Die Braunschweiger Epochen gehen in das Theater wie in die Kirche, aus Tradition und Respektabilität. Und so vermischt wie die Kirche ist auch das Hoftheater. Man spricht selbst in Braunschweig nicht darüber. Wenn man das große steinerne Gebäude nicht unbedingt sehen möchte, müßte man überhaupt nicht, daß Braunschweig sein ständiges Theater besitzt.

Die für das kleine Land außerordentlich hohe Zivilliste von 1 1/2 Million jährlich ist zwar mit dem Zuschuß, den der Regent zum Hoftheater zu liefern hat, begründet worden, aber die Verwaltung der Zivilliste hat das Bestreben, so wenig Zuschuß wie möglich in das Hoftheater zu stecken, so daß das braunschweigische Theaterleben vergrast wie ein verlassener Burghof. Das Volk kennt die Schauspieler und Sänger nicht einmal dem Namen nach.

Selbstverständlich erhält der hiesige Bildungsausschuss auf dem Hoftheater keine Vorstellungen für die Arbeiterschaft. Die maßgebenden Kreise haben sich in ihren Arbeiterhaß so hineingefressen, daß sie das Ansehen des Bildungsausschusses um einen Theaterabend wahrscheinlich für eine Beleidigung gehalten und nicht einmal einer Antwort gewürdigt haben.

So mußte denn der Bildungsausschuss sich bisher für seinen Theaterabend eine Berliner Gesellschaft kommen lassen. Das Hoftheater blieb der Arbeiterschaft, die mit ihren Steuergroschen die Zuschüsse dafür aufbringt, verschlossen, und andere Theater gab es im Winter nicht.

Nun wurden uns aber auch die Theateraufführungen der Berliner Gesellschaft unmöglich gemacht, indem uns der Reichsverband den einzigen großen Saal, der uns frei stand, abtrieb.

Der Bildungsausschuss wandte sich jetzt an die Sommerbühnen, die in zwei einer Aktiengesellschaft gehörigen Sälen Lustspiele und Operetten aufzuführen. Der Theaterdirektor, ein Desterreicher namens Klein, hatte bereits eine Aufführungsserie in dem einen dieser Säle (Hofstabs-Etablissement) zugesagt. Er hatte auch Stücke in seinem Repertoire, die sich ganz gut für unsere Zwecke eignen hätten. So wurde vor einiger Zeit das Militärschauspiel „Die letzten sechs Wochen“ von Leo Jungmann gegeben. In einer Kritik des Stüdes erwähnte der „Volksfreund“, daß der Bildungsausschuss dieses Stück aufzuführen lassen würde. Da verfiel es plötzlich auf einen Wink der Behörden vom Spielplan, wie man schon vorher Thomas' „Moral“ hatte verschwinden lassen. Dann folgten „Die Spiele Ihrer Erzellenz“, die sogar in Breslau unbeanstandet aufgeführt worden sind. Der lobenden Kritik dieses in der russischen nachrevolutionären Schredensherrschafft spielenden Stüdes im „Volksfreund“ folgte die polizeiliche Abwinklung auf dem Fuße. Auch „Die Spiele Ihrer Erzellenz“ verschwanden in der Versenkung. Das gleiche Schicksal erlitt die satirische Grotteske „Gretchen“, die Schlingel eines Mädchenheims auf die Bühne bringt und die muckerische Heuchelei geißelt. Die Polizei sagte sich auch da: „Das ist etwas für den Bildungsausschuss“ und verbot das Stück nach seiner ersten Aufführung. So säuberte, immer im Hinblick auf die Theateraufführungen des Bildungsausschusses, die braunschweigische Regierung die Sommerbühnen im Etablissement Hofstabs derart, daß nur noch Pariser Possen unpolitischen aber dafür um so schlüpfrigen Genres auf dem Spielplane blieben. Eine hochtalentiertete Schauspielerin sagte in der Redaktion des „Volksfreund“, daß sich die Schauspielerinnen schämten, an der von der Polizei zu einer unanständigen Schmiere herabgedrückten Bühne überhaupt noch aufzutreten.

Da über die geschlossenen Theateraufführungen des Bildungsausschusses die Polizei keine Zensur ausüben kann, hätte allerdings die Theaterdirektion die polizeilich abgewinkten Stücke hier aufzuführen können. Sie kam jedoch mit Ausflüchten, denen die Angst vor der Polizei aus den Knopflöchern gukte. Dennoch gelang es dem Bildungsausschuss, ein leidliches Programm zusammenzubringen. Die Direktion der Sommerbühnen sagte auch zu und der Vertrag wurde festgemacht.

Aber Vorstellungen für die Arbeiterschaft in denselben Sälen, in denen die Staatsbürgen, die Minister verkehren, in

denen sogar schon der Regent erschienen ist — das scheint den maßgebenden Herren ein ungeheuerlicher Gedanke! Verbieten ließ sich nicht mehr. Da wurde wieder hinten herum gearbeitet und der Theaterdirektion vorgestellt, daß sie sich mit Aufführungen für den Bildungsausschuss die Ungnade von oben zuziehe. Und welchen Ausweg fand man? Die Theaterdirektion sagte ab mit der Begründung — die Verleger der Stücke hätten nachträglich keine Erlaubnis zur Aufführung erteilt. Natürlich bestand der Bildungsausschuss auf der Aufführung und hat die Sache vor den Stadt gebracht.

Man sieht daraus, mit welcher unglaublich Kleinlichen Mitteln die Arbeiterbewegung in Braunschweig bekämpft wird. Der kleine braunschweigische Lambour, der den langen Kerls der preussischen Reaktion voranmarschiert, ist seinem Berliner Bruder doch noch über. In Berlin schikaniert man die „Freie Volksbühne“, in Braunschweig sperrt man den Arbeitern gleich das ganze Theater.

Zensur als Formiache.

Polizeiwilktür ist nur stark, wo sie ohne Angaben von Gründen herrscht, sie ist aber immer schwach, wenn sie sich zu rechtfertigen sucht und wird lächerlich, wenn sie sich entschuldigt. Ueber den Gewaltstreich, den der Polizeipräsident v. Jagow gegen die „Freie Volksbühne“ unternahm, indem er ohne weitere Begründung mit einem Federstrich ihre Zensurfreiheit vernichtete, konnte man sich entrüsten, aber mit wesentlich anderen Gefühlen liest man den folgenden lebenslangen Entschuldigungsbericht, den der Gewalttätige des Alexanderplatzes in der „National-Zeitung“ zum Besten gibt:

„Die „Freie Volksbühne“, die seit 1890 gegründet wurde und jahrelang 2000 Mitglieder zählte, hat seit 1900 einen ständigen Zuwachs erfahren und ist gegenwärtig auf einer Mitgliederzahl von 15 400 angelangt. Die „Neue freie Volksbühne“, ursprünglich 900 Mitglieder zählend, erreichte sogar eine dreifachfache Vermehrung und besitzt 30 000 Mitglieder. Soll man nun eine Veranstaltung als nicht öffentlich betrachten, das heißt, geht sie wirklich von einem Vereine aus, so ist es ein wesentliches Merkmal dieser Nichtöffentlichkeit, daß zwischen den Personen, vor denen die Veranstaltung stattfindet, ein inneres Band wechselseitiger persönlicher Beziehungen besteht, daß die Personen sozusagen einen in sich verbundenen abgegrenzten Kreis bilden. Bei den beiden Vereinen, deren Mitgliedschaft ja nur eine Formalität bildet, ist dies sicher nicht der Fall.“

Man hat angenommen, daß ich mich bei meiner Verfügung in erster Linie von Zensurrückständen leiten ließ. Nach meiner Ueberzeugung haben sowohl die „Freie Volksbühne“ wie auch die „Neue freie Volksbühne“ während der Zeit ihres Bestandes niemals ein Stück aufgeführt, das irgendwie zensurwürdig wäre, schon einfach aus dem Grunde, weil sie stets bereits zensurierte Dramen auf den Bühnen zur Darstellung brachten. Mich hat vielmehr die Sorge zu meinem Beschlusse bewogen, daß bei den Vorstellungen der Vereine der Sicherheitsdienst nicht von der Polizei gehandhabt wurde und dadurch leicht Gefahren für das jeweilige Publikum bestanden. Die Vereinsvorstellungen, die in öffentlichen Theatern vor vollen Säulern stattfinden, unterscheiden sich ja eigentlich in nichts von den übrigen als öffentlich geltenden und erscheinen deshalb den gleichen Sicherheitsdienst. Um diesen vorzustrafmäßig ausüben zu können, müssen die Vereinsvorstellungen eben ordnungsgemäß bei der Polizei angemeldet werden und nach dem Wortlaut des Gesetzes sind dann auch die zur Aufführung in Aussicht genommenen Stücke zur Zensur einzureichen. Das geschieht aber nur, um der Form zu genügen, da man doch nicht nach Belieben Ausnahmen machen kann. Ich habe mit meiner Verfügung durchaus nicht die Absicht gehabt, die Tätigkeit der beiden Volksbühnen irgendwie einzuzengen.“

Wir sagten schon neulich: Die Polizei reglementiert alles, am liebsten die Dinge, von denen sie nichts versteht. Aber daß Herr v. Jagow von den Dingen, in die er mit harter Polizeihand dreinschlägt, so gar keine Ahnung hat, wie er jetzt durch seine Ausreden beweist, hatten wir selbst nicht für möglich gehalten. An den Ausführungen des Polizeipräsidenten ist so ziemlich alles falsch, von der Angabe der Mitgliederzahl der Freien Volksbühne bis zu seiner naiven Auffassung von Wesen der Zensur.

Halsch ist vor allem die Behauptung, daß die Mitgliedschaft bei den Freien Volksbühnen nur eine Formalität bilde. Wenn Herr v. Jagow damit sagen will, die Volksbühne sei gleichsam ein Landeshäuflein, in dem ein- und ausfliegt, wer gerade billige Theateraufführungen besuchen will, so hat er eben keine Ahnung von dem Wesen dieses alten fest abgegrenzten Vereins und seiner für die deutsche Kultur nicht unwichtigen Geschichte. Wäre der Polizeipräsident in dieser Geschichte auch nur oberflächlich bewandert, so würde er nicht den Versuch gemacht haben, die Öffentlichkeit irrezuführen durch die Behauptung, der Verein habe niemals der Literatur Zuflucht vor polizeilichen Verfolgungen geboten. Gleich im ersten Heft der Vereinszeitschrift der Freien Volksbühne aus dem Jahre 1892 finden wir diese literarischgeschichtlich interessante Notiz:

Gerhart Hauptmanns Drama „Die Weber“ (Die Weber), welches den Zustand der schlesischen Weber in den vierziger Jahren mit ungemöhnlicher Dichterkraft behandelt, wurde infolge polizeilicher Einsprüche vom Repertoire des Deutschen Theaters abgesetzt. Vorstand und Ausschuss des Vereins werden das Stück, wenn es irgend möglich ist, zur Aufführung bringen, vielleicht im Mai.

Noch in den letzten Jahren hat die Freie Volksbühne wiederholt nicht zensurierte Stücke zur Aufführung gebracht, es fiel ihr nicht ein, sich um die Zensurerlaubnis zu kümmern und niemand hat das auch von ihr verlangt. Wenn Herr v. Jagow meint, unter diesen Umständen sei kein einziges zensurwürdig gewesen in dem Sinne,

daß ein gebildeter und vernünftiger Zensur Ursache gehabt hätte, es zu verbieten, so kann das ohne weiteres zugegeben werden. Aber verlasse sich einer auf die Vernunft der Zensur!

Schon Grillparzer sagte, es könne keine Zensur geben, weil es keine Zensoren gibt. Und darum dreht sich ja auch der Kampf der Freien Volksbühne, daß die deutsche Literatur nicht dem zweifelhaften Wohlwollen und der noch zweifelhafteren Einsicht der preussischen Polizeibeamten wehrlos ausgeliefert sein soll! Jeder Absolutismus verspricht Wohlwollen, aber um was es sich handelt, das ist die geistliche und gewohnheitsrechtliche Freiheit, die die Freie Volksbühne unter Köhler und Hammerstein, unter Meerscheidt-Hüllessem und Windheim besessen hat und die jetzt vernichtet werden soll. Eine „Formiache“ nennt's Herr v. Jagow! Und in der „Deutschen Tageszeitung“ tröstet eine ihm wohlverwandte fromme Seele:

Mag einmal ein Zensur auch rigoros in Berlin zu Werke gehen als anderswo. Literaturwerke zu vernichten, dazu reicht keine Macht nicht aus, auch wir kennen kein Theaterstück eines wirklichen Dichters, das dauernd durch die Zensur Schaden genommen hätte.

Also richtig — ersticken kann man den freien Geist nicht, warum will man der Polizei dann das Vergnügen nicht gönnen, ihn ein bißchen zu würgen? Zumal, da ja Herr v. Jagow — einzuweichen — keine gefährlichen Absichten hat, sondern nur bloß nebenbei ein bißchen zensurieren will, während es ihm in der Hauptsache, wie er treuerhuldig versichert, darauf ankommt, das „jeweilige Publikum“ vor den Gefahren zu schützen, die ihm daraus entstanden, daß der Sicherheitsdienst bei den Vorstellungen nicht von der Polizei gehandhabt wurde. Hier offenbart sich jener väterlich besorgte Geist, der schon über dem Humboldthain mit dem Petersmühlstab waltete. Seit zwanzig Jahren hat die Freie Volksbühne ohne Polizei Ordnung gehalten, niemals ereignete sich der geringste störende Zwischenfall! Trotzdem fühlt der Sieger von Treptow, der Held des Tiergartens, sein Herz von Sorge erfüllt, er zittert vor einer polizeifreien Ordnung. Auf der Höhe seiner Aufgabe wird man ihn erst dann finden, wenn seine Waffentaten ins Parterre einreiten und neben jedem Dichter ein Schutzmann steht!

Preußens beleidigte Prinzen!

Königsberg, 10. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Strafkammer verurteilte den Genossen Markwald von der „Königsberger Volkszeitung“ wegen Prinzenbeleidigung zu vier Monaten und den Genossen Linde vom „Landboten“ zu sechs Wochen Gefängnis. Die Straftat wurde in einem Artikel gefunden, der die Erhöhung der Zivilliste behandelte.

Ein ungeheuerliches Urteil ist gefällt worden — ein Urteil, wie es nur in Preußen und wohl auch nur im östlichsten Preußen möglich ist. Nur möglich in einem Lande, in dem die staatsbürgerliche Freiheit nur soweit besteht, als sie die Junker gestattet, wo es noch eine Bureaucratie gibt, die im Würger den Untertan sieht, der vor dem Träger der Krone und allen Mitgliedern seines Hauses in tiefster Demut zu erstehen hat.

Sämtliche preussische Prinzen sollen die beiden Säuler beleidigt haben. Wodurch? Durch einen Artikel, der die Erhöhung der Zivilliste behandelte und dabei das von der Regierung vorgebrachte Argument, daß die Krone steigende Kosten zu tragen habe, weil sie die zahlreichen volljährigen Prinzen des Hohenzollernhauses apantagieren müsse. In etwa 35 Zeilen war dieser „Grund“ gebührend kritisiert worden. Der „Vorwärts“ ist leider, da er auch in Preußen erscheint, nicht in der glücklichen Lage, wie die „Brant, Tagespost“, die in ihrer Dienstadtnummer den ganzen unter Anklage gestellten Passus des Königsberger Artikels abdruckt, weil sie weiß, daß südwärts des Rheins kein Staatsanwalt und kein Richter auf den Gedanken kommen kann, in den betreffenden Ausführungen etwas Strafbares zu suchen. Wir können, wie gesagt, leider dem Beispiel des Münchener Parteiorgans nicht folgen — könnten wir es, so würden unsere Leser erst die ganze Ungeheuerlichkeit der neuesten Leistung der Königsberger Justiz ermessen. So müssen wir uns mit dem Hinweis begnügen, daß der Artikel in seinem unter Anklage gestellten Teil, ohne irgendeine an sich beleidigende Wendung zu gebrauchen, das Argument der Regierung mit dem ganz vernünftigen Grund bekämpfte, daß die erwachsenen Prinzen, wie jeder andere erwachsene Mensch, wohl in der Lage sein müßten, sich durch die Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände selbst zu erhalten, wobei zum Schluß auf das Wort „Arbeit abet“ verwiesen wird!

Das ist das ganze Verbrechen! Und deshalb 4 Monate und 6 Wochen Gefängnis! Die Strafen sind hart, besonders die für den Genossen Markwald; aber nicht deshalb nannten wir das Urteil ungeheuerlich. An harte Strafen sind wir Sozialdemokraten längst gewöhnt. Ungeheuerlich ist die Verurteilung an sich, ohne jede Rücksicht auf das Strafmaß. Ungeheuerlich wäre sie, wenn auch nur auf 3 W. Geldstrafe erkannt worden wäre! Denn seit wann ist es eine Beleidigung, wenn von jemand angenommen wird, daß er in stande ist, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu gewinnen, seit wann ist es eine Beleidigung, einem gesunden Erwachsenen die Selbstverständlichkeit zuzumuten, daß er selbst durch seine Arbeit sich seine Existenz gründe? Wenn die Arbeit abet, soll sie Prinzen schänden?

Das Urteil von Königsberg vertritt keine Kritik. Erklärlich wird es nur aus einer Geistesdrückung heraus, die in allem, was den Monarchen angeht oder irgendwie mit ihm zusammenhängt, eine

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeitung über deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Einzel- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

unangreifbare, immune Institution steht. Und wir glauben nicht feilzugehen, wenn wir den eigentlichen Grund der Verurteilung nicht in den Ausführungen des Artikels über die Prinzen, sondern in der Tatsache sehen, daß er die Erhöhung der Dividende freisetzt. Denn nach der erleuchteten Auffassung der preussischen Bureaucratie, wozu auch die Herren von der Justiz gehören, hat die Untertanen-schaft Steuern zu zahlen und den Mund zu halten. Auch wenn man ihr 3 1/2 Millionen mehr für die Dividende abknöpft, obschon man ihr kurz vorher das gleiche Wahlrecht verweigert hat! . . .

Der Krieg auf den Seeschiffswerften.

Der große wirtschaftliche Kampf auf den Werften, der durch den Beschluß der Werftgewaltigen, 60 Proz. aller Werftarbeiter Deutschlands auszusperrn, erhöhte Bedeutung erlangt, zeigt auch den noch vom Harmoniebusel befangenen Elementen, daß die ökonomische und damit auch die politische Befreiung der Arbeit nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Alle Bitten der „besseren“ Elemente unter der Arbeiterhoheit, ihnen einen bescheidenen, den Feuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnzuschlag zu gewähren, ist von den Werftbesitzern oder den Sachwaltern des Werftkapitals mehr oder minder brüsk oder sogar noch in höhrender Form zurückgewiesen worden. Da blieb den Werftarbeitern aller Branchen nur die ultima ratio, der Streik, übrig, durch den sie ihre traurige Lebenslage erträglicher zu gestalten hoffen. Die Goldgräber des Kapitals, allen voran die Skribenten der „Hamburger Nachrichten“, leisten sich das Menschenmögliche in der Verunglimpfung der Arbeiter, ihnen so die Erkenntnis in die Köpfe hämmern, daß von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht die Rede sein kann. „Anständige Leute schreiben nicht für mich“, hat der Hut- und Eisenmensch Bismarck einmal gesagt. Er kannte seine Pappenheimer! Die immer noch von den „großen“ Gedanken ihres Idols zehrenden „Hamburger Nachrichten“ stellt die kämpfenden Arbeiter sogar als Einbrecher und Geldspindelnader hin.

Arbeiter, merkt Euch diese Gemeinheit! Um die bescheidenen Forderungen der Werftarbeiter zu diskreditieren, wird behauptet, die Konjunktur im Schiffbauwerke sei nicht danach angehen, ihm weitere Lasten aufzubürden. In den besten Zeiten der Hochkonjunktur ist es den Werftgewaltigen nicht eingefallen, die Arbeiterlöhne nennenswert aufzubessern; es bedurfte erst des Nachdrucks von Seiten der Arbeitslosen, um wenige Pfennige herauszuschlagen. Schmutzgelb haben im Zeitalter der gepanzerten Faust und der Panzerkolosse die Werftkapitalisten den Goldregen, den gemünzten Schweiß der Arbeiter, geerntet, während die Erzeuger aller Meßwerke mit Hungerlöhnen abgespeist wurden. Da brach den Arbeitern die Geduld! Das Herrenmenschtum an der Wasserfront hofft auf Aufschub der Lieferfristen, ein Beweis dafür, daß die Konjunktur keine schlechte sein kann. Die Rechtschusterei steht auf den Werften in höchster Blüte.

Wie es mit dem „Arbeitsmangel“ in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Aufträge der Werften. Die Werft von Bochum u. Voh, die größte Werft Hamburgs, hat außer den noch im Bau befindlichen noch zwei weitere große Kreuzer, und für die Hamburg-Amerika-Linie und die Ostafrika-Linie je einen großen Dampfer, sowie mehrere kleinere Dampfer zu bauen. Die Filiale des „Bullant“ in Hamburg baut außer dem Linien-schiff „Geimball“ für die Amerika-Linie ein Schiff von riesigen Dimensionen, einen wahren Leviathan; das Displacement soll 40-50 000 Tons betragen. Auch die übrigen Werften Hamburgs haben diese Aufträge zu erfüllen, wie überhaupt alle größeren Werften in Bremen, Geestemünde, Kiel, Stettin, Danzig, Flensburg usw. Wann wohl die Konjunktur eintritt, die höhere Löhne vertragen kann? Diese Frage dürften die Werftinteressenten als eine sehr naive bezeichnen.

Das Telegraphenbureau Hirsch berichtet, von der Arbeitseinstellung würden die Werften, soweit nicht an Lieferungsfristen geknüpft Marinebauten in Frage kämen, nur wenig betroffen. Warten wir's ab! Der Geldbeutel ist der verwundbarste Punkt aller Kapitalisten. Millionenbauten läßt man eben, des Jindoverlustes wegen, nicht monetarisch liegen. Mit auf der Straße aufgesessenen Lumpenproletariern kann man keine qualifizierte Arbeit leisten. Zur Herstellung dieser Wunder der Technik, wie man die großen Schiffskolosse mit Recht bezeichnet, bedarf es des Zusammenwirkens vieler geübter Hände und überlegender Köpfe. Nachdem die Hirsche sich mit den Freiorganisierungen solidarisch erklärt hatten, haben dies jetzt ebenfalls die Christlichen getan. Dem einigen Kapital steht die feste Phalanx der Arbeiter gegenüber.

Wie aus den Forderungen der Werftarbeiter erhellt, wollen diese endlich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingeführt sehen. Die Einführung von Mindest- oder Einstellungslohn wird, obwohl sonst überall längst durchgeführt, von den Werftpropheten als undurchführbar bezeichnet. Undurchführbar soll auch die Regelung der versäuwommenen Lohnabstufung sein. Bislang mußte kein Werftarbeiter, woran er war, Würde er wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen, aber nach wenigen Tagen wieder in Gnaden aufgenommen, dann galt er als Neueingestellter, der von unten wieder anfangen konnte. Neben der Verschärfung der Arbeitszeit legen die Arbeiter das Hauptgewicht auf die Garantierung eines Mindestlohnes. Bürgerlichen Linientulis, sich dankbar an die Freifahrten und Abfütterungen bei der Westlinie erinnernd, wenden sich gegen die „unerschämte“ Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit von 66 auf 53 Stunden, wobei wir betonen wollen, daß die Amerika-Linie noch jetzt in ihren Werft- und Dockbetrieben 60 Stunden arbeiten läßt! Kulturforderungen dürfen eben nicht anerkannt werden, und ausgehaltene Linientulis dürfen nicht wider den kapitalistischen Stachel leden, falls sie nicht bei denen von Ballin in Ungnade fallen wollen.

Eine „Unerschämtheit“ soll auch die Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung sein. Eine solche Lohnerhöhung würde die Produktionskosten ins Ungemessene steigern, so wird behauptet. 10 Proz. Lohnerhöhung oder durchschnittlich etwa 3 M. pro Woche mehr bieten auch nicht annähernd einen Ausgleich für die im Zeitalter des Brot- und Fleischwunders und der famosen Finanzreform eingetretene Verteuerung aller Bedarfsartikel, der Wohnungsmieten usw. Derselben bürgerlichen Vorkämpfer, welche die bescheidenen Lohnforderungen der Werftarbeiter herunterreißen, miment noch vor kurzem Beamtenfreundlichkeit, begehrten deren Eingaben als von der Not der Zeit diktiert und flehnten, wie die „Hamburger Nachrichten“, in deren Leitungsstellen sich zwei Seelen breit machen, ein Extrablatt mit Zeitungspalten für zwei Seelen her, das den Hamburger Staatsbureau zugestellt wurde. Ein Unterbeamter veröffentlichte in einem Blatt seinen Rat. Er bezifferte seinen Ausgabebetrag mit etwa 1450 M., wobei der Titel „Leich“ mit 30 Pf. pro Tag und der Titel „Leidung“ mit ganz 3 M. monatlich gebucht ist. Das war eine „beachtliche“ Stimme. Das Arbeitseinkommen eines Werftproletariats ist zum größten Teil bedeutend niedriger

als das des Unterbeamten. Aber der Prolet soll sich nach der Rede strecken und den Hungerriemen um einige Löcher enger anziehen, dann wird's schon gehen.

Die Arbeiter sehen also, daß sie in diesem Riesenkampfe auf sich allein angewiesen sind. Das bekannte Seltwort: „Der Starke ist am mächtigsten allein“ ist von der Arbeiterklasse akzeptiert worden in dem Sinne, daß, wenn sie sich einig ist, sie sich stark genug fühlt, um auch den Kampf mit einem auf seine gefüllten Geldsäcke drohenden Gegner aufnehmen zu können. Ziel- und wegbewußt werden die Werftarbeiter, die nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen haben, den Kampf für eine bessere Existenz zu führen wissen, damit auch sie und ihre Familien etwas vom Sonnenschein einer anständigen Existenz berührt werden.

Spanien und der Vatikan.

Aus Madrid wird uns geschrieben: Spanien ist das letzte Land in Europa, das noch unter der absoluten Herrschaft Roms steht. Der Konflikt, der jetzt zwischen dem Vatikan und der spanischen Regierung ausgebrochen ist, ist der Anfang einer Ära der Befreiung.

Diese Krise der religiösen Emanzipation ist dieselbe, welche alle europäischen Nationen durchgemacht haben, bevor der Endkampf um die soziale Befreiung ausgebrochen war. Im ersten Moment scheint der Kampf nur zwischen den Merkantilisten und den liberalen Mächten entbrannt zu sein, aber in Wirklichkeit wagt die Schlacht auf der einen Seite zwischen einer Klasse von Unterdrückten, die aus unfähigen Generalen, räuberischen Pfaffen und Geschäftspolitikern besteht, während auf der anderen Seite das unterdrückte spanische Proletariat steht.

Man weiß, daß sich infolge der Hartnäckigkeit des verurteilten Ministerpräsidenten Maura und seiner Salongenerale, die eine Ära kolonialer Eroberungen beginnen wollten, und infolge der systematischen Opposition, die die Regierung allen Notwendigkeiten der nationalen Entwicklung entgegensetzte, das Volk von Katalonien sich erhob und in Barcelona im Juli des letzten Jahres die Revolution ausbrach. Diese Ereignisse und die Ermordung Ferrers führten zum Sturze Maura's. Während seiner und seiner Vorgänger Regierung hatte Rom die Fäden der Regierung in Händen. Der spanische Ministerpräsident war nur eine Marionette, die an den Drähten tanzte, die in Rom gezogen wurden. Canalejas kam zur Macht nach dem Sturze Morets, den Maura aus Hof zu Fall gebracht hatte, vielleicht auch in der Hoffnung, selbst wieder zur Macht zurückzukehren.

Indem Canalejas das Steuer des Staatsschiffes, das bereits so arg mitgenommen war, ergriff, fand er sich vor Aufgaben gestellt, deren Lösung große Schwierigkeiten bereiten mußte. Er machte sich zunächst an diejenige, deren Lösung ihm am leichtesten schien und die zudem unmittelbar seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen mußte. Es war das die Revision des Konkordats. Man erinnert sich, daß nach den letzten spanischen Niederlagen im Kriege mit Amerika der größte Teil der Pfaffen, die katholischen Mönche und Ordensschwärmer, aus den Kolonien nach Spanien zurückkamen, an dessen Marke ohnehin eine nur allzu zahlreiche Schar dieser Parasiten zehrt. Die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich berührte noch die Situation, da die aus Frankreich vertriebenen Mönche in dem gastfreundlichen katholischen Spanien ihre Zuflucht suchten. Spanien glied fast einem ungeheuren Reichthum, der von den Parasiten verzehrt wurde.

Es handelte sich also darum, zu retten, was noch zu retten war. Zugleich mußte man dem Vatikan deutlich machen, daß Spanien es satt habe, seine Drahtpuppe zu sein. Einer der ersten Handlungen des Ministerpräsidenten war also die Einleitung von Verhandlungen mit Rom, um das Konkordat zu revidieren und es für Spanien weniger drückend zu gestalten. Um dem fressenden Krebsgeschwür Einhalt zu tun, erließ Canalejas gleichzeitig eine Verordnung, welche die Bildung neuer Orden in Spanien bis zur gesetzlichen Neuordnung untersagte. Dieses Dekret, welches die Türe neu eindringenden Parasiten verschloß, nannte man das „Gesetz des Vorhängegeschlosses“. Zugleich trug Canalejas einem modernen Bedürfnis Rechnung, dessen Erfüllung schon lange von den zahlreichen spanischen Protestanten und Juden gewünscht wurde, und erließ eine andere Verordnung, welche allen Religionsbekenntnissen Kulturfreiheit gewährte.

Dieser Akt war in den Augen des Vatikans an sich eine Revolution. Denn hatte nicht seit so vielen Jahrhunderten der Papst allein in Spanien regiert und seine protestantischen und jüdischen Konkurrenten von jeder Tätigkeit ausgeschlossen? Man kann sich also denken, daß diese beiden Verordnungen die ohnehin schon sehr getriebenen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Spanien sehr verschlechterten. Der Papst und besonders sein Staatssekretär Merry del Val, ein hochmüthiger Spanier, fühlten sich beleidigt. Sie zeigten sich unverdöndlich und forderten vor Wiederaufnahme neuer Verhandlungen von Canalejas den Widerruf der Verordnungen. Aber der Ministerpräsident konnte, wollte er nicht politischen Selbstmord begehen, einem solchen Verlangen nicht zustimmen.

Ende Juli begab er sich nach San Sebastian, um vom König die Zustimmung zu seinem Vorgehen zu fordern. Die Situation Alfonso war immerhin schwierig. Wenn er Canalejas freie Hand ließ, so wurde er zur Beute des wüthen Gases der spanischen Merkantilisten, welche ihn anklagten, sich durch seine protestantische Frau, die bei ihrer Heirat zum Katholizismus übergetreten war, beeinflussen zu lassen; wenn er aber Canalejas den Widerruf bewilligte, so demüthigte er Spanien vor dem herrschsüchtigen Vatikan und dies konnte einen allgemeinen Aufstand aller modernen Kräfte herbeiführen. Es scheint aber, daß dieser sonst sehr schlecht beratene König dieses Mal mehr Glück hatte, indem er Canalejas sein Vertrauen aussprach.

Angesichts der unverdöndlichen Haltung Roms reiste der spanische Botschafter beim Vatikan, Herr Ojeda, von Rom ab. Der König ist im Begriff, nach England zu reisen und überläßt seinem Ministerpräsidenten die Sorge mit den fanatisierten Katholiken von Biscaja fertig zu werden. Der Ministerpräsident hat die Methode der „starken Hand“ gewählt. Er hat Truppen nach San Sebastian geschickt, um die von den Merkantilisten angeführten Demonstrationen zu verhindern. Der Rückzug der Katholiken hat ihm vorläufig einen vollen Erfolg gebracht, da nach den pompösen Ankündigungen der Merkantilisten ihr Zurückweichen einem Eingeständnis ihrer Schwäche und Machtlosigkeit gleichkommt. Natürlich können wir diese Methode nicht billigen; ist doch zu fürchten, daß sie auch, wenn die Gelegenheit sich bietet, gegen das kämpfende Proletariat angewendet wird.

Die Situation bleibt aber noch ungeklärt und von Gefahren erfüllt. Sie ist um so ernster zu beurteilen, da der

König unter der Bedrohung seiner oligarchischen und bigotten Umgebung jeden Moment Angst bekommen, zurückweichen und Canalejas verabschieden kann. Die Berufung eines Reaktionsärs zur Regierung würde aber sicherlich eine Revolution entfesseln. Aber auch wenn Canalejas an der Macht bleibt, ist die Stellung der spanischen Sozialisten eine sehr schwierige. Die Sozialisten müßten mehr als irgend jemand anders die Wiedergeburt Spaniens, die mit der Befreiung von dem Joch des Merkantilismus beginnen muß. Erst dadurch gewinnen wir freien Zugang zu dem Schlachtfeld, auf dem der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgefochten werden kann. Aber, indem unsere spanischen Genossen mit allen Kräften an dem Werk des Fortschrittes mitzuarbeiten suchen, müssen sie stets auf der Hut sein, um sich vor den Fallstricken zu bewahren, welche die bürgerlichen Bundesgenossen bei einem solchen Werke ihnen legen könnten.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Paris, 10. August. Der „Zeit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung seines Madrider Vertreters mit dem spanischen Ministerpräsidenten. Canalejas erklärte, er sei mit der augenblicklichen Lage durchaus zufrieden; er erwarte die baldige Beilegung des Streiks in Bilbao, auch die Konflikte in Viljon und Santander gingen ihrer Beilegung entgegen. So könne die Regierung endlich an die Lösung anderer Probleme gehen, insbesondere den Plan der Neutralität des Unterrechts studieren. In den Vaschischen Provinzen und in Navarra trete wieder Ruhe ein. Canalejas erkannte an, daß die Haltung der meisten spanischen Bischöfe klug gewesen sei; nur einige, wie der Bischof von Vittoria, der sich geweigert habe, die Priester zur Ordnung anzuhalten, hätten ihre Pflicht vergessen und in Predigten zum Aufstand angereizt. Diese sollten erfahren, daß sie öffentliche Beamte seien und den Staat respektieren müßten. Die Ränder der Karlisten in Katalonien seien bedeutungslos. Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß, er wolle erstens feststellen, daß die große Mehrheit des spanischen Volkes für die Kulturfreiheit und die Zahl der Ultramontanen nur gering sei, zweitens daß die ganze Welt sich lebhaft für die Vorgänge in Spanien interessiert habe und den neuen Geist zu schätzen wisse, der Spanien durchwehe. Spaniens Haltung Rom gegenüber werde sich nach der Haltung richten, die Rom selbst einnehme, die Initiative zur Einigung werde Spanien nicht zurückweisen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August 1910.

Nationalliberal-Merkantiles Stichtwahlbündnis in Bochum.

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Die nächsten Reichstagswahlen machen dem Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schwere Sorgen. Ueberhaupt wird gearbeitet, um die Sozialdemokratie zurückzubringen. Wie der nächste Reichstagswahlkampf geführt werden soll, das zeigt das Vorspiel der bevorstehenden Anknappungswahlen. Die Parole des Zentrums wie der Nationalliberalen ist: Nieder mit dem Bergarbeiterverband um jeden Preis. Arm in Arm mit dem von den Bergengewaltigen subventionierten Evangelischen Arbeitervereinen marschiert der Christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter gegen den Bergarbeiterverband. Zwar mögen die Christlichen dieses Bündnis nicht öffentlich zu proklamieren, weil sie sonst den letzten Rest ihres Kredit bei den Bergarbeitern verlieren würden, aber dennoch ist das Kompromiß eine vollendete Tatsache. Als M.-Gladbacher Rabulistik schafft sie nicht aus der Welt.

Und dieses schwarz-blaue Bündnis soll bei der nächsten Reichstagswahl auch im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen verwirklicht werden.

Bereits am Sonntag vor acht Tagen fand in Wanne (Wahlkreis Bochum) eine Zentrumsversammlung statt, in der ein Pfarrer Lust den Vorschlag machte, mit den Nationalliberalen im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen eine Koalition für die Stichtwahl abzuschließen. Dieser Vorschlag wird in der „Westfälischen Volkszeitung“ (Nr. 178 vom 8. August) aufgegriffen und dazu bemerkt:

Vor allem verdient aber hervorgehoben zu werden, daß Pfarrer Lust wohl seine rein persönliche Ansicht ausgesprochen hat, als er ein Kompromiß zwischen Zentrum und Nationalliberalismus für den Fall einer Stichtwahl in Aussicht stellte. Ein derartiges Abkommen wäre dem doch ein zu gewagtes Experiment, denn es hätte zur Voraussetzung, daß die gesamte Wählerchaft willenlos einer Parteiparole gehorcht, die vor der Wahl gegen und im Falle der Stichtwahl für den Nationalliberalismus lautete. Wenn die beiden Parteien sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden sollen, wenn sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, der für die Befreiungen beider Parteien garantiert, einigen können, dann darf dies nicht erst geschehen, wenn es zu spät ist. Und zu spät wäre es, wenn man erst in der Stichtwahl die Stokkraft der Wählermassen in Anspruch nehmen wollte, nachdem die Wähler durch den Mißerfolg des ersten Wahlganges enttäuscht und verbittert sind.

Die „Westfälische Volkszeitung“ ist das offizielle Zentrumsorgan in Bochum und es darf als selbstverständlich angenommen werden, daß dieser Vorschlag nicht ohne die Zustimmung der Leitung der Bochumer Zentrumsparthei erfolgt ist. Charakteristisch für die Zentrumsparthei ist aber, daß das Kompromiß mit dem Nationalliberalismus beabsichtigt wird. Wer ist denn dieser Nationalismus? Niemand anderes als die rheinisch-westfälischen Schlotbarone und Zwangsgewaltigen! Ein solches Kompromiß wäre allerdings nur die Konsequenz der vom Zentrum in Westfalen betriebenen Politik. Die Nationalliberalen würden dann aber auch das vor drei Jahren den evangelischen Arbeitern gegebene Versprechen, bei der Reichstagswahl 1912 einen Arbeiterkandidaten aufzustellen, nicht einlösen brauchen. Eine Erlösung aus einer fatalen Situation, fraglich ist nur, ob die Wählermassen mit diesen sauberen Mandatären einverstanden sind. Uns kann diese Klärung der Verhältnisse nur willkommen sein. Sie macht die Wahlarbeit einfacher. Auch den christlichen Arbeitern wird dadurch gezeigt, wohin die Reife der hiesigen Zentrumsparthei geht.

Strafrechtliche Folgen der allerhöchsten Lohnbewegung.

In Gnesen ist der Redakteur der „Lech“ wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden, die er durch einen Artikel über den „Armen König von Preußen“ bezogen haben soll. Die Erhöhung der Dividende treibt sonderbare Blüte: Der König kriegt das Geld und die Redakteure gehen ins Gefängnis.

Die Agrarier gegen die direkte Wahl.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich in der heftigsten Form gegen die „Konfess. Monatschrift“, die es gewagt hatte, zu behaupten, daß durch die Einführung der geheimen und direkten Wahl in Preußen weder konservative Grundzüge noch das

konserbativem Programm verlegt würden. Das Dertel-Blatt entgegnet darauf:

Es ist gewiß an sich richtig, daß die indirekte Wahl und die Deseffektivität der Wahl keine konserbativen Grundzüge, keine Forderungen des konserbativen Programms sind. Derartige Dinge werden überhaupt nicht programmatisch festgelegt, sondern müssen nach der jeweiligen Zweckmäßigkeit entschieden werden. Wohl aber ist ein unvertilgbarer Grundzug des konserbativsten die Stützung der Autorität und die Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene. Ein Wahrecht, das im Königreiche Preußen den Grundzug der Deseffektivität und zugleich den der indirekten Stimmenabgabe befestigte, würde in die geschichtliche Entwicklung brutal eingreifen und deswegen mit den konserbativen Grundzügen nicht vereinbar sein. Die Konserbativen in Preußen fürchten, und zwar mit Recht, daß ein solches Wahrecht auch geeignet sei, die Autorität des Staates, ja der Monarchie zu untergraben. Deshalb bekämpfen sie ein solches Wahrecht nicht nur vom Standpunkte der politischen Zweckmäßigkeit, sondern von ihrem grundsätzlichen Standpunkte aus. Nach konserbativer Weltanschauung ist nur das Wahrecht innerlich und grundsätzlichsch berechtigt, das den Bestand des Staates und die Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe sichert. Das ist durch das jetzt geltende preussische Wahrecht geschehen. Von einer radikalen Aenderung des Wahrechts ist dagegen eine Gefährdung der Staatssicherheit und Staatszukunft zu erwarten. Deshalb stemmen sich die Konserbativen einer derartigen Aenderung entgegen, und zwar wiederum nicht nur aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus Gründen der Weltanschauung. Das ist in der „Konservativen Monatschrift“ übersehen worden.

Das Zentrum, der Verbündete der Junter, hat bellamlich immer erklärt, daß das direkte Wahrecht gar keine so große Bedeutung gehabt habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber behauptet, daß die direkte Wahl in Verbindung mit der geheimen Wahl die furchtbarsten Gefahren heraufbeschwöre, nicht nur für die Junter, sondern auch für die Monarchie und den Staat!

Das letztere ist natürlich bärer Unsinn. Wichtig ist allerdings, daß die Einführung des geheimen und direkten Wahrechts den Juntern eiliche Mandate kosten könnte. Aber auch diese Gefahr wäre durch das Dreiklassenwahlrecht und die agrarische Wahlkreiseinteilung auf ein Minimum beschränkt.

Eicherlich aber werden die konserbativen und ultramontanen Reaktionen alles aufbieten, um auch bei einer erneuten Wahlreform das Wahrecht so zu gestalten, daß jede Schwächung des Agrarierturns ausgeschlossen ist!

Die Flottentreiber rühren sich!

Die Hauptversammlung des braunschweigischen Landesflottenvereins hat den Beschluß gefaßt und dem Präsidium des Flottenvereins in Berlin übermittelt:

Das Präsidium wird gebeten, auf sein Aktionsprogramm den baldigsten Erfolg für die verkauften Kriegsschiffe „Brandenburg“ und „Wörth“ ... zu setzen.

Bei dem Erfolg handelt es sich wohl schwerlich um die Ersatzbauten für die Brandenburg-Klasse, die ja schon nach dem Flottengesetz von 1900 vorgesehen waren und nach der Flottennotelle von 1908, die das Dienstalter der Dinienschiffe von 25 auf 20 Jahre herabsetzte, im Jahre 1910 begonnen werden müssen. Es wird sich vielmehr um einen neuen, doppelten Ersatz der verkauften Kriegsschiffe handeln, die man ja in der Tat bereits mehrere Jahre früher loszuschlag, als für sie ein Ersatz in Gestalt von Neubauten vorhanden war.

Unsere Flottentreiber verlangen also, daß die 18 Millionen des Verkaufspreises schleunigst wieder als erste Raten für zwei neue Ersatzbauten angelegt werden, die uns zusammen über 100 Millionen kosten würden!

Koloniale Exzesse.

Ueber die Ermordung des deutschen Kaufmanns Dreifschneider äußert sich das „Leipziger Tagesblatt“ nach Mitteilungen, die ihm von wohlunterrichteter Seite gemacht worden sind. Es schreibt:

Es ist in Südamerika ein offenes Geheimnis, daß der Stationschef der Dumeffation seine schwarzen Soldaten nicht so in der Hand hat, wie es die Verhältnisse im Bezirk erheischen. Der farbige Soldat kennt erfahrungsgemäß keinerlei zarte Rücksicht gegen seinen schwarzen Mitbruder, sondern mißt das Uebergewicht, das ihm seine Stellung verschafft, nach Kräften zu seinem persönlichen Vorteil aus, wenn er nicht scharf beaufsichtigt wird. Geliebt ist die gewalttätige Wegnahme von Weibern, Erpressung von Waren und Lebensmitteln. Werden solche Ausschreitungen nicht vom Stationschef rücksichtslos unterdrückt und geahndet, so verlieren die Eingeborenen eben das Vertrauen zu den deutschen Beamten und Offizieren und greifen zur Selbsthilfe. Die ersten Opfer sind dann vielfach Unschuldige, die lediglich durch ihre weiße Hautfarbe den erregten Schwarzen verdächtig und verhaftet sind. So war es im Falle des Leutnants Reuter und offenbar jetzt wieder im Fall Dreifschneider.

Die Darstellung stimmt im wesentlichen mit dem überein, was auch in anderen Blättern von Landeskundigen ausgeführt wird. Nur daß es unrichtig ist, den Weiberraub und die Erpressungen allein den Mannschaften der schwarzen „Schutztruppe“ in die Schuhe zu schieben, da die gleichen Verbrechen auch von Kaufleuten und anderen Reisenden geübt werden!

Trotzdem fordert das Leipziger Blatt nicht die rücksichtslose Unterdrückung und Ahndung solcher an den Eingeborenen begangenen Verbrechen, sondern die — größte Rücksichtslosigkeit gegenüber den durch diese Verbrechen zur Notwehr gezwungenen Eingeborenen!

Mandatsmüde.

Der konserbativ Reichstagsabgeordnete Henning, der zurzeit den Wahlkreis Salau-Ludau im Reichstage vertritt, will nicht mehr kandidieren. Von konserbativer Seite will man den Landrat Freiherrn v. Rantzeffel als Kandidaten vorschlagen. Diese Nähe könnten sich die Konserbativen voraussichtlich sparen. Der Abgeordnete Henning ist allerdings mit 16348 Stimmen gewählt worden, denen 9066 sozialdemokratische und 2298 freisinnige Stimmen gegenüberstanden. Sein Mandat war angefochten und wäre auch zweifellos für ungültig erklärt worden, wenn der Reichstag nicht in der bekannten landsläufigen Weise die Wahlprüfungen erledigt hätte. Der Bürgermeister von Finsterwalde hatte nämlich die Wahl zum Wahlkreis gehörige Stadt zwar in 4 Wahlbezirke eingeteilt, die Wähler aber nicht nach ihrem Wohnort, sondern nach dem Alphabet den einzelnen Wahlbezirken zugeteilt. Selbst dieser ungewöhnliche Verstoß gegen das Wahlgesez wurde von der Mehrheit des Reichstages als unbedeutend erklärt. Offenlich wird dieser Wahlkreis das leztmal konserbativ im Reichstage vertreten gewesen sein.

Bürgermeister und Major.

Vor dem Kriegsgericht der 5. Division zu Nürnberg hatte sich der Major Ferdinand v. Fleischmann, Sohn des Flügeladjutanten und Generals Fleischmann, wegen fälschlicher Beleidigung zu verantworten.

Der Major war Kommissar der Pferdewerterungskommission und hatte als solcher in dem Dorfe Weitsbrunn bei Fürth i. B. am 5. Mai die Pferdewerterung vorzunehmen. Dort hatte er an der Fassung der Musterungsliste, die vom Ortschultheizer hergestell-

und vom Bürgermeister verfaßt war, verschiedene Auszusehen. Er gebrauchte dabei die Worte, „ein geschickter Bürgermeister macht das nicht so“. Da diese Bemerkung in erregtem Ton gemacht wurde, erwiderte der Bürgermeister: „Ich bitte Sie, Herr Major, mit mir etwas anständiger zu reden.“

Diese Bemerkung des schlichten Dorfbürgermeisters zum Anstand brachte den adeligen Offizier noch mehr in Aufregung. Er rief dem Bürgermeister die Musterungsliste aus der Hand, warf sie zu Boden und machte dabei die Bemerkung: „Da haben Sie Ihr Ge-lump.“ Als dann sagte der erregte Offizier dem Dorfbürgermeister an der Brust und schob es zurück.

In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht erklärten Zeugen, daß v. Fleischmann derart schrie und lärmte, daß „das ganze Dorf zusammenlief und die Weiber aus den Häusern rannten.“

Vor der Verhandlung war der besagte Offizier bereit, die Beleidigung unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen und die Kosten zu tragen.

Der feindselige Dorfbürgermeister wies diesen Vergleichsvorschlag zurück.

Das Kriegsgericht verurteilte den Major zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft und Publikation des Urteils an der Gemeindefestung in Weitsbrunn.

Ein Elektrizitäts-Agrarier.

Der geistige Urheber des großen Walschenseeprojektes, das jetzt glücklich den bayerischen Landtag passiert hat und seiner Ausführung entgegensteht, ist, wie man sich erinnern wird, der Major v. Donat, der — ein zweiter Juppelin — anfangs mit keinen Ideen nicht ernst genommen, nun die Genugtuung erlebt, sie dennoch verwirklicht zu sehen. Als ein rechter Vater ist er auch bemüht, für die Zukunft seines Kindes zu sorgen, und da macht doch ein Gedanke ihm das Herz recht schwer. Die Wasserkraft, so sagt er sich, ist Bayerns größter Reichtum, sie wird das Land noch einmal wirtschaftlich groß und glücklich machen; aber — ihr droht gar gefährliche Konkurrenz: sowohl bezüglich des Luftschiffes, mit dem Schweden-Kornwegen die Welt besüßet, als auch namentlich für den nach seiner Ansicht wahrscheinlichen Fall, daß Edisons und anderer seiner Köpfe jahrelanges Forschen nach einem leichten, leistungsfähigen Akkumulatorensystem hat. Wo bleibt dann Bayern mit seiner schön ausgesprochenen Wasserkraft?

Doch Herr v. Donat ist nicht nur ein genialer Erfinder, er ist auch ein weitschauender Wirtschaftspolitiker. In einem Epilog zu den Landtagsverhandlungen über das Walschenseeprojekt, den er in bayerischen Blättern veröffentlicht, gibt er bereits Mittel und Wege an, wie der angebotenen Gefahr vorzubeugen sei:

„Bayern“, so schreibt Herr v. Donat, „hat dem Reiche so manches Opfer gebracht — darf auch mal eine Hebanche verlangen. Weil nun lange Zeit erforderlich sein wird, um die unausbleiblichen Widerstände zu überwinden, muß Bayern heute schon beim Reiche zu bringen beginnen auf einen Schutzoll für Luftschiffahrt und akkumulierte elektrische Energie.“

Dieselbe Originalität, die der Erfinder v. Donat sein eigen nennt, kann allerdings der Politiker v. Donat nicht für sich in Anspruch nehmen. Das Rezept, das er hier empfiehlt, ist der allbekanntesten großen agrarischen Apotheke entnommen. Eigentlich setzt Herr v. Donat sich hier ja auch in einen gewissen Widerspruch mit sich selbst. Das Ziel des Walschenseeprojektes ist doch, wie er selbst an anderer Stelle sagt, die Verbilligung der Kraft, die Möglichkeit einer ausgedehnteren Benutzung der elektrischen Kraft in allen Bedürfnisbereichen. Kommt nun aber jemand daher und will diese Kraft noch billiger liefern, da sagt plötzlich Herr v. Donat: halt, das gibts nicht! Wo bleibt da die Konsequenz?

Eine Verhöhnung der Opfer vom Schlachtfelde der Industrie.

Der Bericht der Sektion I der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft, der neben der Krupp'schen Fabrik nur noch einige kleine Werke aus dem Kreise Essen angehören, teilt u. a. mit, daß von 441 im Jahre 1909 entfallenden schweren Unfällen — 12 davon hatten den Tod zur Folge — kein einziger auf die Schuld des Betriebsunternehmers, dagegen 852 auf die Schuld der Verletzten selbst, 28 auf die Schuld von Mitarbeitern, 58 auf unabweisliche Betriebsgefahren und 8 auf höhere Gewalt zurückzuführen sind.

Solche Behauptungen sind allerdings „bewiesen“ durch die polizeilichen Feststellungsborgane, trotzdem bleiben sie eine geradezu ungläubliche Leistung angesichts der Tatsache, daß die Essener „Arbeiterzeitung“ in vielen Fällen die wirklichen Ursachen von Unfällen besonders auf der Krupp'schen Fabrik schonungslos kritisiert hat.

Die berufsgenossenschaftlichen Feststellungen bleiben aber noch wie vor das „einwandfreie“ Material für die Unfallstatistik.

Der Bürgerinn der Verwandten preussischer Minister.

Ein überaus eigentümliches Dicht wirft ein Brief Martin Biedermanns, jenes bekannten polnischen Hüttenporzellananten, an die Redaktion des „Kurjer Wagnanski“ und anderer polnischer Blätter, auf die Zustände, die die Ostmarkenpolitik Preußens herbeigeführt hat. In diesem Briefe, in dem sich Biedermann gegen vorwurfslose Verhandlungen gegenüber seinen Landsleuten in einer längeren Abhandlung verteidigt und dabei u. a. auch den durch sein „Polnische Gemeinwesen“ bekannt gewordenen Professor Bernhard der Entstellung von Tatsachen bezichtigt, sagt der Briefschreiber auch folgendes: Bernhard wirft mir vor, daß ich mit deutschen Grundeigentümern Verträge des Inhalts abgeschlossen hätte, daß ich das Gut wohl kaufe, es aber an die Kolonistenkommission abgeben müsse, wenn diese einen höheren Preis bewilligen sollte. Ein Teil des Preisausschlages sollte eintretenfalls mir zufallen, und diese Art Einkommen sollten meine Haupteinkommensquelle sein. Um diese Aktion zu fördern, sollte ich in polnischen Blättern die angebliche Parzellierung des gegebenen Gutes ankündigen und so die Kommission zur Zahlung märchenhafter Preise veranlassen. Demgegenüber erkläre ich hiermit öffentlich, daß mir wohl des öfteren und dazu selbst von Seiten bekannter überaus naher Verwandter preussischer Minister ähnliche Manipulationen vorgeschlagen worden waren — wofür ich im Notfalle mit Beweisen zu dienen vermag — aber gegen eine solche Art Geschäfte habe ich stets Widerwillen und habe sie abgelehnt als unvereinbar mit dem würdigen Verhalten eines Bürgers und Kaufmanns.

Biedermann behauptet, Beweise für diese blamablen Anschuldigungen liefern zu können. Die öffentliche Meinung Preußens hätte das größte Interesse daran, diese Beweise veröffentlicht zu sehen. Da würde sich wohl auch zeigen, welche eigentlichen Triebfedern die Kolonisationspolitik Preußens geschaffen haben und erhalten wissen wollen! Daß Millionen von Geldern preussischer Steuerzahler in die Taschen der stets notleidenden deutschen Agrarier gewandert sind, und daß gerade die Kolonisationspolitik Preußens eine Hochkonjunktur auf dem Gütermarkt und damit auch eine Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel hervorgerufen hat, war allgemein bekannt. Daß aber gerade die nächsten Verwandten preussischer Minister von dieser Entwicklung den Rahm abzuschöpfen versuchten, ist neu!

Meineidsprozess Schröder und Genossen.

In dem Wiederaufnahmeverfahren gegen den Genossen Schröder und Genossen ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Es heißt, daß die Verhandlung im Januar nächsten Jahres in einer Sonderperiode vor dem Essener Schwurgericht stattfinden wird.

Schweiz.

Verwerfung der Altersversicherung in Genf. Genf, 8. August. (Sig. Ver.) Im Kanton Genf ist gestern in der Kantonsversammlung die Gesetzesvorlage betreffend die Ein-

führung der staatlichen Altersversicherung mit 9000 gegen 2500 Stimmen, also mit großer Mehrheit, verworfen worden. Das Projekt hat infolgedessen besonderes Interesse, als einfach alle volljährigen Personen als versicherungspflichtig erklärt und die Kosten der Versicherung in Form einer direkten Staatssteuer von 2,50 Frank jährlich im Minimum bei Einkommen von unter 1200 Frank und von 20 Frank im Maximum bei Einkommen von über 4000 Frank aufgebracht werden sollten. Der Staat sollte unabhängig und getrennt von der allgemeinen Verwaltung die Administration der Versicherung unentgeltlich betreiben und außerdem noch einen Jahresbeitrag von mindestens 100 000 Frank leisten. Die Pensionsberechtigung sollte mit dem 65. Lebensjahre beginnen und die Pension jährlich 300 Frank betragen, die aber unter gewissen Bedingungen reduziert werden konnte. Vielleicht auch darum haben die reichen Leute und ihre anderweitiger bürgerlicher Anhang die Vorlage verworfen.

Frankreich.

Sozialdemokratische Erfolge.

Die Bezirkswahlen im Departement du Nord ergaben einen großen sozialistischen Erfolg. In den Kantonen, den kleinsten Bezirken, werden die Vertreter zu den Arrondissement- (Kreis-) und den General- (Provinzial-) Räten gewählt. Die Partei hatte in 50 unter 67 Kantonen Kandidaten aufgestellt. Sie hatte 4 Sitze im Generalrat, 3 im Arrondissementsrat von Lille zu verteidigen. Diese wurden sämtlich, meist mit sehr starker Stimmenzunahme, wiedergewählt. Neu gewonnen wurden 4 General- und 8 Arrondissementratsitze in Lille, Roubaix usw. In 21 Kantonen fehlte nicht viel an der Mehrheit, und fast überall wurden starke Stimmenzunahmen erzielt. Insgesamt wurden über 115 000 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben. Im Generalrat des Nord sitzen nun 11 Sozialisten. Bei den nächsten Wahlen wird in sämtlichen Kantonen der Kampf aufgenommen werden.

Perrien.

Die Lage in Teheran.

Teheran, 10. August. Die Bagare sind geschlossen. Eine Truppenabteilung ist nach Schah Abdol Käm entfendet worden, um den dortigen geflohenen Sergham es Sultanah und seine Wachtianen zu entwaffnen. Die in Nabels Park eingedrungenen Wachtianen haben das dortige Palais vollständig geplündert und einige in der Nähe liegende Häuser russischer Untertanen ausgeplündert, darunter dasjenige des Erzherzogs des Schahs, Smirnow.

Kanada.

Die Freihandelsbewegung.

Die Farmer in Westkanada, die ihre Erzeugnisse ins Ausland absetzen und Industrieprodukte kaufen müssen, sind Gegner des Schutzollsystems, das ihre Produktion und Lebenshaltung verteuert und ihren Absatz erschwert. In einer Massenversammlung in Winnipeg (Südwest-Kanada) forderten sie den liberalen Ministerpräsidenten Laurier auf, für die Beseitigung der Schutzölle einzutreten. „Wir verlangen ein gegenseitiges Gegenseitigkeitsverhältnis zu den Staaten. Als freie Männer wollen wir nicht anderen Mitbürgern Tribut zahlen. Wir wollen die Steuern, die uns zukommen, bezahlen, wir fordern keine Begünstigung, aber unser Recht.“ Laurier erklärte in seiner Erwiderung seine Anhänglichkeit an den Freihandel. „Das Schutzollsystem war ein großes Uebel und hat entsetzlichend auf Millionen gewirkt. Es machte den einzelnen selbstständig und unehelich, denn es brachte das unehrenhafte Prinzip zur Geltung, Vorteile ohne Gegenleistung zu erstreben.“

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der Magistrat in seinem Wohlwollen für die Berliner Arbeiterschaft.

„Wir haben beschlossen, davon Abstand zu nehmen, Reklame des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu der Verhandlungssammlung in Köln a. Rh. zu entfenden.“

So lautet die lakonische, kurze Antwort, die den Gewerbegerichtsbeisitzern zuteil wurde, die sich der Hoffnung hingeeben hatten, daß der freisinnige Magistrat der größten Stadt des Reiches eine Delegation einiger seiner Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer zu dem Gewerbegerichtstage entfenden werde. Sie haben sich getäuscht; so etwas tun wohl die kleinen Städte und Gemeinden von Berlin und in Deutschland, aber Berlin braucht sein Geld für Einholungsfertigkeiten oder wo es sonst was zum Bauhautesen gibt. Allenfalls werden zu Städte-Ausstellungen die Stadträte gleich zu Duzenden delegiert. Aber hier, wo wichtige Fragen über Tarif-Affordverträge usw. zur Verhandlung kommen, könnten ja die Arbeiter etwas lernen. Für solchen Luxus hat der weise Magistrat von Berlin kein Geld. Aber es ist das um so verdumlicher, nachdem das Berliner Gewerbegericht Mitglied des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte und Herr v. Schulz erster Vorsitzender dieses Verbandes geworden ist.

Daß das Berliner Gewerbegericht, das sich früher im ganzen Reiche einer gewissen Popularität erfreute und den anderen Gewerbegerichten voranmarschierte, durch solche Beschränkungen an seinem Ansehen einbüßt, ist jedem klar. Ja, man sieht schon die Folgen, die darin bestehen, daß man bei großen Ausständen Personen und Vorsitzende aus anderen Städten heranzholt, um die Einigungsverhandlungen zu führen.

Natürlich, wenn es die Innungen wären, so hätte der Herr Oberbürgermeister mehr Verständnis dafür! Koffenlich nehmen die Stadtverordneten einmal Gelegenheit, um über den Wert, den die Gewerbegerichtstage für die Arbeiter haben, mit dem Magistrat zu reden.

Wird Stunden pausenlose Arbeitszeit.

Welche übermäßigen Anforderungen oft an weibliche Arbeitskraft gestellt werden, lehrt eine gestern vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung. Es erhob dort die Verkäuferin Anna D. gegen den Kaufmann Karl Gruhn Klage auf Zahlung des Gehaltes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, da sie sich zu unrecht entlassen fühlte. Das junge Mädchen war vom Beklagten zur Leitung einer Wusenerloosungsbilale in der Wilsnader Straße bestellt worden. Der Prinzipal stützt die Entlassung darauf, daß er von Geschäftslenten in der Umgegend gehört habe, die Klägerin habe öfters erst gegen 10 Uhr statt um 8 Uhr geöffnet, auch sei sie in ein benachbartes Geschäft gegangen, um dort Kaffee zu trinken. Nach dem Vertrage habe Frau D. überhaupt kein Recht gehabt, fortzugehen, denn sie hatte wochstündige pausenlose Arbeitszeit. Hieraus erwiderte die Klägerin, sie habe allerdings einige Male etwas später geöffnet, auch habe sie einmal im Winter, als es sehr kalt war, zu einer befreundeten Geschäftsdame herangezogen, mit der Witte, ihr etwas Warmes, ein bißchen Kaffee oder Tee, abzulassen. Zu berücksichtigen sei aber, daß sie damals unter der Kälte — die Räume waren ungeheizt — wie unter der langen Arbeitszeit gleichermäßen zu leiden hatte.

Das Kaufmannsgericht erklärte in einem Beschluß die sofortige Entlassung für ungerechtfertigt. Wenn die Klägerin auch einige Male später öffnete, so sei das unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage kein Entlassungsgrund. Der Vorsitzende führte noch aus: Solche Anstellungenverträge, nach denen der Gehalt kaum das Licht der Sonne zu sehen bekommt, dürfe ein Prinzipal gar nicht schließen, und ein Beisitzer bezeichnete es als „geradezu unmenselich, einen Angestellten Tag für Tag 12 Stunden hintereinander an die Arbeit zu fettern.“

Gewerkchaftliches.

Vom Kampf auf den Werften.

Folgende Proklamation hat die Direktion der „Vulkan“-Werft in Stettin in Form eines Anschlages erlassen:

Die vereinigten Gewerkschaften der auf den Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter haben an die Gesamtgruppe deutscher Seeschiffswerften Forderungen gestellt, welche von dieser wegen der Lohnforderung und wegen der von der Arbeiterchaft beabsichtigten Eingriffe in die Betriebsleitung abgelehnt werden mußten. Die Ablehnung dieser Forderungen hat am 4. d. M. zu einer Arbeitseinstellung auf sämtlichen Hamburger Seeschiffswerften geführt. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, am Abend des 11. August August eine größere Betriebsbeschränkung einzutreten zu lassen, welche wir wieder aufheben werden, sobald die Differenzen auf den Seeschiffswerften beendet sind.

Eine zweite Bekanntmachung der Direktion des „Vulkan“ hat folgenden Wortlaut:

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 10. d. M. bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß wir morgen, Donnerstag, 10. August 1910, abends bei Schluß der Arbeitszeit um 5 1/2 Uhr, eine Anzahl Arbeiter wegen Betriebsbeschränkung entlassen werden. Von morgen nachmittags 1 1/2 Uhr ab haben die von dieser Maßnahme betroffenen Arbeiter zunächst ihr Werkzeug abzugeben und um 5 1/2 Uhr an den Poststellen ihre Löhne nebst Entlassungspapieren in Empfang zu nehmen.

Von der Aussperrung werden circa 3000 Metallarbeiter betroffen.

Von den Werft- und Modellistkellern in Hamburg, die die Arbeit einstellen, sind etwa 20 Proz. sofort obgereist oder haben andere Arbeit genommen. Sie beteiligten sich nicht an der Kontrolle. Die von den Werftbesitzern angegebene Ziffer von 9500 Streikenden dürfte ungefähr das Richtige treffen. Die nicht-gelernten Arbeiter haben versucht, sofort andere Arbeit zu finden und ist anzunehmen, daß schon jetzt annähernd 50 Proz. der Werkstätten anderweitig Arbeit gefunden haben. Weiter kann mitgeteilt werden, daß von den Branchenangehörigen, die sich zur Kontrolle meldeten, eine große Anzahl anderweitig Beschäftigung gefunden hat, von einzelnen Branchen schon 20-40 Proz. Die Arbeiter rechnen mit einer langen Dauer des Kampfes und richten sich mit Recht darauf ein. In Hamburg merkt man von dem Kampfe nur wenig. In der Nähe des Hafens stehen die Streikposten an den vorgeschriebenen Plätzen. Hin und wieder sieht man Gruppen sonntäglich gekleideter Arbeiter, die sich die Werften aus der Ferne ansehen. Die Fähren verkehren wenig besetzt. Die geringe Zahl Arbeitswilliger drücken sich schon in den Fahrzeugen zusammen. Hier und dort eine Budehütte vervollständigt das Bild. Die bürgerlichen Wähler, die betrunkene Arbeitswillige einfach zu überfallenen Arbeitswilligen stempelten, sind von ihrer Ansicht wieder abgekommen. Sie konstatieren — man merkt ihnen allerdings das Bedauern an —, daß absolute Ruhe herrsche und daß sich die Streikenden nicht des geringsten Uebergriffes zuschulden kommen ließen.

Kompliziert wird die Sache durch die nachträgliche Arbeitseinstellung der Schiffreiner der Rüste und der Deckarbeiter und Schiffreiner (Gänge) der Hamburg-Amerika-Linie. Durch die Arbeitsniederlegung dieser Arbeiterkategorien ist der Kampf nun auch noch auf den Hafen übertragen. Es ist noch nicht abzusehen, ob hierdurch nicht der ganze Hafen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die bürgerliche Presse Hamburgs stellt sich gegenwärtig so, als ob ihr das Interesse der Arbeiter ebenso sehr am Herzen liege wie das der Reeder und Werftbesitzer. Man „bedauert“, daß die Hamburger Arbeiterschaft wieder dazu ausersehen ist, für die übrigen die Askanien aus dem Feuer zu holen“. In der Mittwochs Ausgabe behandelt das „Fremdenblatt“ an leitender Stelle den „Arbeitskampf auf den Werften“. Es weist darauf hin, daß durch die Aussperrung von 60 Proz. der Arbeiter das gesamte deutsche Schiffsgewerbe in Mitleidenschaft gezogen werde, da zweifellos die Nichtausgesperrten sich solidarisch erklären. Man habe auf beiden Seiten damit gerechnet, daß der anfangs lokale Kampf auf alle Hafengebiete Deutschlands übergreifen werde und sich schon entsprechend „zentralisiert“. Das Blatt schreibt:

„Wenn nun diese dräuenden Streikkräfte zusammenstoßen, so wird in dem gewaltigen Ringen nicht nur eine viel größere Zahl von Existenzen und Wirtschaftsgütern direkt gefährdet, es werden vor allen Dingen auf einem unerbittlich mächtigen weiten Schlachtfeld unberechenbare Verwüstungen angerichtet.“

In diesem Falle sei sogar die Volkswirtschaft des ganzen Reiches gefährdet.

„Denn“, so heißt es dann wörtlich weiter, „wenn die Schiffswerften feiern, so spüren dies nicht nur die Erwerbsgruppen, die durch den Bedarf der Arbeiter — unmittelbar oder mittelbar — beschäftigt werden, sondern nahezu alle wichtigen Industriegebiete und die mit diesen auf Gedeih und Verderb verbundenen Bevölkerungskreise empfinden eine starke Rückwirkung, wenn das Schiffbaugewerbe lahm liegt und die Produkte der anderen Betriebe nicht mehr abzunehmen vermag. Wenn in der kunstvoll ineinander arbeitenden Maschinerie unseres vielfach verschlungenen Wirtschaftslebens ein wichtiges Rad ins Stocken kommt, so übt dies auf den Gang der Maschine eine unheilvolle Wirkung aus. Und deshalb ist ein Arbeitskampf, der die gesamten deutschen Werften lahmlegen droht, durchaus keine Privatangelegenheit der beiden streikenden Parteien mehr, sondern er ist ein Problem geworden, an dessen schneller und befriedigender Lösung das gesamte Volk ein Interesse und dadurch auch das Recht des „Eingetretens“ hat.“

Das Blatt hält eine Vermittlungsaktion für dringend notwendig.

Könnte nicht Senat oder Bürgerschaft in Hamburg die Rolle übernehmen? Der Krieg ist von Hamburg ausgegangen. In zweiter Linie käme das Reichsamt des Innern in Betracht. Auch dieser Lohnkampf zieht ja, vielleicht noch mehr als die friedlich begleitete Bauarbeiterbewegung, sämtliche Wirtschaftskreise des Reiches in Mitleidenschaft. Mit einigermaßen gutem Willen würde es sicher einer dieser Behörden gelingen, die Parteien zu Verhandlungen zu veranlassen. Ist aber erst eine Seite gewillt, einen Schiedspruch anzunehmen, so wird es auch nicht schwer halten, in kurzer Zeit eine Kommission zu finden, die die Vermittlung übernimmt. . . . Die Partei jedoch, die sich weigert, einem unparteiischen Schiedsgericht ihre Anforderungen zu unterbreiten, würde damit dokumentieren, daß sie an die Berechtigung ihrer Forderungen selbst nicht glaubt. Und dann läge zutage, daß es sich nicht um die strittigen Punkte, sondern lediglich um eine Machtprobe dreht.

Man hört vielfach die Ansicht vertreten, daß es sich diesmal um einen prinzipiellen Kampf, um die Macht handele, zu dem sich beide Parteien seit langem so sorgsam gerüstet haben. Wir trauen beiden Parteien ein größeres Maß von sozialem Verständnis zu, als daß wir sie einer derartigen Absicht für fähig hielten. Denn die Unternehmer wissen ganz sicher, daß sie mit einer gewaltsam niedergedrungenen und verbitterten Arbeiterschaft, die in ewiger Gärung und verstockter Auflehnung sich befindet, auf die Dauer nicht wirtschaften können, und den Arbeitern ist es gewiß bewußt, daß sie sich selbst schädigen, wenn sie durch ihr Verhalten Unternehmungslust und Gewinnmöglichkeit aus den Betrieben verjagen. . . .

Es wäre nur dringend zu wünschen, daß sich bald auf privater oder auf staatlicher Seite jemand findet, d. h. erfolgreich auf eine Verständigung einwirken kann.“

Ob „ein hoher Senat“ seine Vermittlung anbieten wird, ist noch sehr fraglich.

In Bremen sollen am Donnerstag ebenfalls 60 Proz. der Werftarbeiter entlassen werden. Die weiteren 40 Proz. haben beschlossen, mit ihren Kameraden die Werft zu verlassen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.:

In Kiel wird die Entlassung am kommenden Sonnabend erfolgen.

Berlin und Umgegend.

Menschliche Ware!

Soziale Studien konnten in der Mittagsstunde des gestrigen Tages Passanten und Passagiere auf dem Stettiner Bahnhof machen. Ein Arbeitswilligentransport nach Pommerendorf bei Stettin sollte verladen werden: in fürsorglicher Weise behüteten ein Polizeileutnant und vier Schutze die menschliche Ware, die verpacket wurde, damit kein organisierter Arbeiter an die zum Verrat an ihre Klassengenossen Geworbenen herankam. Trotz der getroffenen Vorkehrungsregeln gelang es, einen Teil der Leute zurückzuhalten. Einer der Zureiber des Streikvertragens machte seinem Zorn gegen die ihm abtrünnig Gewordenen Luft, indem er die sich Sträubenden mit einem Stod bedrohte.

Der Transport in Stärke von etwa 60 Mann war teils im Ajyl für Obdachlose in der Wiesenstraße, teils durch eine Annonce in der „Volks-Zeitung“ angeworben worden. Die auf Grund der unverfänglichen Annonce sich Meldenden — es wurden zwei Dreher und fünf Arbeiter gesucht — waren in das Restaurant Sommer, Chaussee, Straße 40, bestellt worden, wo sie durch einen Agenten Koch aus Panlow für die Chemische Fabrik in Pommerendorf bei Stettin angeworben wurden. In dieser Fabrik streiken seit 7 Wochen etwa 700 Arbeiter wegen einer geringen Aufbesserung ihrer Löhne.

Da voraussichtlich auch anderwärts versucht werden wird, Arbeitswillige für die bestreikte Fabrik anzuwerben, ersuchen wir arbeiterfreundliche Blätter, vor Zuzug zu warnen.

Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Teige Blutat eines Arbeitswilligen.

Aus Hamburg wird gemeldet: Auf dem Platz von Daberstein und Ritters an der Pinneberger Chaussee wurde Montag nachmittag ein Streikposten der ausständigen Abbrucharbeiter, Karl Wahrs, von einem Arbeitswilligen mit einem Revolver von hinten geschossen und allem Anschein nach sehr schwer verletzt. Wahrs wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Der arbeitswillige Revolverheld wurde verhaftet.

Gesperrte Staatsbetriebe.

Eine vom Verbands der Staatsarbeiter in Bremen einberufene Versammlung erhob Protest gegen die Art der Behandlung ihrer Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben und beschloß, über sämtliche Staatsbetriebe die Sperre zu verhängen, also den Zuzug von ihnen fernzuhalten.

Gute Entwicklung.

Die Kassenabrechnung des Bergarbeiterverbandes für das erste Halbjahr 1910 weist eine Gesamteinnahme von 1243 128,59 (899 300,90 Mark im Vorjahre) auf, dem eine Ausgabe von 571 211,51 Mark (404 508,83) gegenübersteht. Die Einnahmen aus Mitgliederkreisen sind also um 343 819,29 Mark höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Vermögensbestand betrug am 31. Januar 1910 3 122 875,53 M., am 31. Juli 1910 3 718 193,00 M. Mitin Vermögenszuwachs im ersten Halbjahr 1910 590 822,47 M.

Wegen Arbeitsmangel entlassen?

Auf Schacht Joachim der Zeche Königin Elisabeth ist 60 Bergleuten mitgeteilt worden, daß ihnen am 15. d. M. gekündigt wird. Als Grund wird Arbeitsmangel angegeben. Gleichzeitig werden auf der erwähnten Zeche aber wieder genau so viel neue Arbeiter angelegt. Die Aufregung unter den Bergleuten ist groß. Unter den Geländigten befinden sich die Kandidaten für die Sicherheitsmännerstellen und die Kandidaten für die bevorstehenden Knappschaftswahlen. Für Sonntag ist eine Belegschaftsversammlung einberufen.

Der Streik der Schreiner und Maschinisten in Freiburg i. B. hat sich zu einer Aussperrung in dem größten Teil der nicht bestreikten Betriebe ausgewachsen. Am Montag legten die Reister, den noch arbeitenden Kollegen einen neuen Tarif vor, wer nicht unterschrieb, wurde ausgesperrt. Von der Aussperrung wurden in 18 Betrieben 83 Kollegen betroffen, so daß jetzt im ganzen 234 Kollegen im Kampfe stehen. Wie erfahren die Holzarbeiter an allen Orten, den Zuzug nach hier fern zu halten.

Die Streikkommission.

Die Lübecker Steinseher und Hilfsarbeiter befanden sich seit einiger Zeit in einer Tarifbewegung. Jetzt ist dieselbe beendet. Erreicht wurde der Abschluß eines Tarifes bis zum Jahre 1914. Derselbe sieht eine Lohnerhöhung von 2 Pf. für 1911 und von 3 Pf. pro Stunde ab 1912 vor. Die wichtigste Errungenschaft ist die Beseitigung der Akkordarbeit.

Schwarze Listen im Verbands Deutscher Buchbindereibesitzer.

In der Leipziger Großbuchbinderei von E. A. Enders erklärte der Direktor Kloth einigen Buchbindern, als sie infolge Differenzen den Betrieb ohne Kündigung, aber im Einverständnis mit der Geschäftsleitung verließen:

„Sie machen von Ihrem Rechte Gebrauch, selbstverständlich werde auch ich das tun. Sie wissen wohl, daß jedes Mitglied des Verbandes der Unternehmer verpflichtet ist, Sie zu entlassen und daß Sie dann ein Vierteljahr lang keine Arbeit erhalten. Sollten Sie aber democh in einer Verbandsfirma unterkommen finden, dann werden Sie nach Bekanntgabe Ihrer Namen wieder entlassen.“

Wenn die Worte des Direktors Kloth zutreffend sind — und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln — so bedeutet diese Praxis einen Bruch des Tarifvertrages, bei dessen Abschluß ausdrücklich das Führen der schwarzen Listen untersagt wurde. Der Verband der Buchbindereibesitzer wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern.

Ausland.

Der Streik der Mäntelarbeiter in New York, der in der zweiten Woche des Juli begonnen hat, rückt mit jedem Tage dem Siege näher. Zahlreiche Fabrikanten, große und kleine, haben mit der Gewerkschaft Frieden geschlossen und die gefällten Forderungen anerkannt. Rund 200 Verhaftungen hat die Polizei während des Streiks vorgenommen; von den Verhafteten wurden etwa 100 des „ungebührlichen Betragens“ angeklagt, 12 des „boshaften Unzugs“, über 50 des „Angriffs auf eine Person“, andere der „Einschüchterung“ und einige sogar des „Straßenraubes“. Die letzten Anlagen wurden einfach abgewiesen; die Hälfte der Verhafteten wurden wieder entlassen, ein Teil erhielten keine Geldstrafen und schließlich wurden nur 12 Mann den Gerichten überwiesen, was bei einem Massenstreik, an dem 75 000 Personen beteiligt sind, nicht ins Gewicht fällt. Die Streikenden hoffen auf einen endgültigen Sieg; die Gewerkschaft der Mäntelarbeiter hat einen mächtigen Aufschwung genommen. Rassenhaft haben sich die Arbeiter aufnehmen lassen und sind unter besseren Bedingungen zum großen Teil schon wieder an die Arbeit gegangen.

Eine Tageszeitung der Eisenbahner, vom 1. November d. J. an wird die italienische Zentralorganisation der Eisenbahner, das „Sindacato“, eine eigene Tageszeitung herausgeben, deren Redaktion im Sinne des intransigenten Sozialismus geleitet werden soll.

H. Wied, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchd. u. Verlagsanstalt

Verammlungen.

Mißstände im Urban-Krankenhaus. Am 6. August versammelte sich das Personal des Krankenhauses am Urban im Lokale von Bieler, um Stellung zu nehmen gegen die plötzliche Entziehung des seit Jahren gewährten Wochentagsurlaubes. Dieser Urlaub währte bisher von nachmittags 2 Uhr bis nachts 12 Uhr. Bedenkt man, daß die Angestellten der Krankenhäuser im allgemeinen über wenig freie Zeit verfügen, so wird diese Maßnahme der erwähnten Direktion vom Personal um so schmerzlicher empfunden, als es nur gerade während dieser Zeit in der Lage war, seine Einkäufe und sonstigen Besorgungen zu erledigen. Der vom Personal gewählten Deputation, welche bei der Direktion vorstellig wurde, ist erklärt worden: „Wenden Sie sich wegen dieser Angelegenheit an den Arbeiterausschuß, wir können so nicht dagegen tun.“ Gleichzeitig wurde der Deputation gesagt: „Ihr Arbeiterausschuß tut nichts für Sie, warum wählen Sie sich einen solchen Ausschuß.“ Nun pfeifen es aber schon die Spaten von den Dächern, daß gerade im Urban-Krankenhaus dem Arbeiterausschuß bei Ausübung seiner Funktionen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Direktion ob solcher Maßnahmen beim Personal in Mißredit gerät. Zahlreich gaben die Angestellten in der Versammlung ihrer Empörung Ausdruck. Selbst vor den schärfsten Mitteln wollten viele nicht zurückweichen. Mit Mühe gelang es dem Verbandsdeputierten, die Gemüter noch einmal zu besänftigen. Er empfahl der Versammlung, zu versuchen, diese Angelegenheit noch einmal auf gutlichem Wege beizulegen. Folgendes wurde in dieser Sache beschlossen: Der Arbeiterausschuß ist aufzufordern, unverzüglich für die Wiedereinführung des Urlaubes einzutreten. Des weiteren ist der Direktion und der Krankenhausdeputation eine diesbezügliche Eingabe zu unterbreiten. Eine große Anzahl der Anwesenden ließ sich in den Verband aufnehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 6. August dieses Jahres bei Bieler zahlreich besuchte Versammlung des Personals des Krankenhauses am Urban protestiert ganz entschieden gegen die Entziehung des bisher gewährten Wochentagsurlaubes. In Anbetracht der Schwere des Dienstes und der geringen Erholung und weil Einkäufe und andere Besorgungen nur während dieser Urlaubszeit gemacht werden können, fühlen sich die Angestellten durch die Maßnahme schwer geschädigt. Sie fordern deshalb, daß die Direktion den Urlaub in vollem Maße weitergewährt. Um zukünftig Verschlechterungen des Dienstverhältnisses zu verhüten, verpflichten sich die Angestellten, alleamt dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Einberufung des finnischen Landtags.

Petersburg, 10. August. (B. L. B.) Der finnische Landtag ist zum 14. September für zwei Monate einberufen worden zur Ausarbeitung der Grundlagen für die Wahl finnischer Mitglieder in die Reichsduma und den Reichsrat sowie für die Vollziehung dieser Wahlen, ferner zur Ausarbeitung eines Gutachtens über die rechtliche Gleichstellung der in Finnland lebenden russischen Untertanen mit den finnischen Bürgern, sowie über Zahlung von Entschädigungen an Stelle der persönlichen Wehrpflicht.

Vom Streik in Bilbao.

Paris, 10. August. (B. L. B.) Nach einer Depesche des „Temps“ aus Madrid haben die Streikenden von Bilbao das Angebot der Arbeitgeber als ein beleidigendes Almosen zurückgewiesen. Sie bestehen auf Kürzung des Arbeitstages. Der Minister des Innern sucht weiter zu vermitteln.

Eisenbahnunglück.

Wende (Frankreich), 10. August. (Freh-Zel.) Heute entgleiste hinter dem Bahnhof von Ronastrier der Güterzug von St. Flour nach Severac le Chateau. Die Maschine und die zehn folgenden Wagen kürzten den Bahndamm heraus. Ein Bremser wurde sofort getötet. Seine schredlich verstümmelte Leiche konnte erst nach Stunden unter den Krümmern hervorgezogen werden. Zwei weitere Bahnbeamte wurden schwer verletzt.

Gegen den Wohnungswucher.

Paris, 10. August. (B. L. B.) Etwa 1000 Personen versammelten heute eine Kundgebung gegen eine Erhöhung der Wohnungsmieten, sie durczogen die Straßen, bewarfen die Polizei mit Steinen und gaben Revolverschläge auf sie ab, wodurch 15 Beamte verwundet wurden. Die Polizei schloß darauf auf die Manifestanten, von denen 2 getötet und 12 verwundet wurden. Militär stellte die Ruhe wieder her.

Ein nicht vollstrecktes Urteil.

Krahan, 10. August. (B. L. B.) Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Sadowski fand die Polizei ein schriftliches Todesurteil über einen anderen namentlich genannten Spion und Provokateur. Das Urteil ist von dem Barzshauer Arbeiterbund ausgefertigt. Der Verurteilte scheint durch Flucht dem Tode entgangen zu sein. Die Polizei ist überzeugt, daß an der Ermordung des Khabal mehrere Personen teilgenommen haben.

Depeschenbeförderung durch Flugmaschinen.

Blackpool, 10. August. (B. L. B.) Graham White unternahm heute einen Uebungsflug, um die Verwendbarkeit des Aeroplans für die Beförderung militärischer Depeschen zu erweisen. Er stieg in Blackpool auf und flog über Land nach den Waraden von Fleetwood, von wo er, mit neuen Depeschen versehen, über die Morecambe-Bay nach Barrow flog. Von Barrow kehrte er nach Blackpool zurück. Der ganze Flug dauerte 110 Minuten. — Ein anderer bemerkenswerter Flug, der bei nebligem Wetter 65 englische Meilen weit über das Meer von Blackpool nach Rhos bei Llandudno führte, und 93 Minuten in Anspruch nahm, ist von dem Aviatiker Doraime ausgeführt worden.

Schweres Unglück bei einer Flugvorführung.

Edburgpark (New Jersey), 10. August. (B. L. B.) Der Aviatiker Walter Brookins stürzte heute während eines Fluges mit seinem Apparat ab und wurde tödlich verletzt. Mehrere Zuschauer erlitten gleichfalls Verletzungen.

Um ein Mittagessen.

Stettin, 10. August. (B. G.) Auf dem Gute Langenhagen bei Greifenhagen stach ein russisch-polnischer Arbeiter, der auf einem Gute als Schmittler tätig ist, nach einem vorausgegangenen Streik wegen des Mittagessens seiner Frau ein Schlachtmesser in den Leib. Das bedauernswerte Opfer seines Jähzorns ist Mutter von 6 lebenden Kindern. Nach wenigen Stunden starb die Frau infolge Verblutung.

Unwetter in Frankreich.

Verdignan, 10. August. (B. L. B.) Sehr heftige Gewitter verheben mit Hagelschlag sind gestern in der Gegend von Trabeis niedergegangen. Die Ernte ist vernichtet. Ein Feldarbeiter, der sich unter einen Baum geflüchtet, wurde vom Blitz erschlagen. Auch mehrere Distrikte des Departements Haute-Garonne sind vom Unwetter schwer heimgejagt worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Zehnter Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zweiter Verhandlungstag.

In der Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht traten erhebliche Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedschaft nicht zutage. Neben den schon erwähnten Anträgen, den „Proletarier“ achtfach und auch in tschechischer Sprache zu liefern, wurde noch eine ganze Anzahl weiterer Anträge begründet. — Jedes Jahr, bei Beginn der Kampagne in den Beteiligungen, solle der Vorstand ein Flugblatt in tschechischer Sprache herausgeben; den agitatorisch tätigen Mitgliedern solle er geeignet zusammengestelltes Agitationsmaterial sowie eine Schrift über die Aufgaben der Ortsfunktionäre und Arbeiterausschüsse zustellen. Es wurde die stärkere Erschließung einer noch ziemlich neuen Seite der Agitation, die Anwendung von Lichtbildervorträgen und der Photographie, gefordert. Besondere Schritte (Statistiken, Konferenzen, Petitionen an den Reichstag) wurden verlangt zur Hebung der als sehr präpar geschätzten Lage der Arbeiter in der Papier- und Zellstoff- und der Konfervenindustrie. Weiter wurde die Angliederung eines statistischen und literarischen Bureau an den Zentralvorstand, der Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit den für die Fabrikarbeiter in Betracht kommenden österreichischen und nordischen Organisationen, der Abschluß eines Zentraltarifes mit der Großeinkaufsgesellschaft und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine verlangt.

Auch vereinzelte, oder lebhaftere Klagen über Grenzkontrollen mit den Transport-, Mühlen-, Gemeinbearbeitern und dem Väderverbande wurden laut. Ein Redner aus Essen trat dafür ein, daß der Vorstand energisch vorgehen möge, damit die Gebiete, die dem Verbande zustehen, für ihn gewahrt bleiben. Im Essener Gebiet allein befänden sich fünf Zechen, die 24 000 Tonnen Nebenprodukte herstellen. Solche Nebenbetriebe der chemischen Industrie dürften unter keinen Umständen außer acht gelassen werden. Die Zechen stellen gleichfalls ganz riesige Mengen Ziegelsteine her; so nannte der Redner fünf Zechen, die allein über 44 Millionen Ziegel herstellen.

Neben der vielen geforderten Neueinrichtungen wurde von verschiedenen Delegierten entgegengesprochen, daß sie die erhofften praktischen Erfolge gar nicht zeitigen würden, mindestens mühten aber die betreffenden Orte durch Vorkostenbeiträge selbst die Kosten der geforderten Neuerungen aufbringen. Auch sei es nicht zu empfehlen, unter allen Umständen in allen möglichen Betrieben vertreten, gewissermaßen der Hand Dampf in allen Gassen zu sein. Das zersplittere nur die Kräfte der Funktionäre und der Verbandseinrichtungen und schwäche die Stokkraft des Verbandes in jenen Betrieben, gegen die er der Natur der Dinge nach seine ganze Kraft aufwenden müsse.

Die Referenzen gingen in ihren Schlussworten noch einmal eingehend auf die erhobenen Beschwerden ein. Auch die kritisch-theoretischen Fragen (Konkret kontra Gewerkschaftspunkt), die in der Diskussion eine gewisse Rolle gespielt hatten, wurden vom Redakteur Schneider wie von Dreh noch einmal gestreift, wobei der letztere die Erklärung abgab, daß der gesamte Vorstand vollständig mit der Haltung des „Proletarier“ wie auch mit seiner speziellen Stellungnahme zum „Weg zur Macht“ wie zu dem bezüglichen Artikel der Leipziger Volkszeitung einverstanden sei. Schneider trat noch dafür ein, den Vorschlag, an die jugendlichen Mitglieder die „Arbeiterjugend“ zu liefern, abzulehnen, und zwar aus denselben Gründen, aus denen heraus man es auch ablehne, den organisierten weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ zuzustellen. So wie diese würden auch die Jugendlichen den engen Zusammenhang mit dem Verband verlieren. Außerdem erweise man den örtlichen Jugendausschüssen damit einen schlechten Dienst, denn nehme man ihnen die Lieferung der „Arbeiterjugend“ aus der Hand, so entziehe man ihnen damit ein wichtiges Bindemittel, durch das sie sich den Zusammenhalt mit der Jugend erhalten.

In der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt und dem Vorstand zur Ausführung überwiesen:

- 1. Der Vorstand wird beauftragt, ein statistisches und literarisches Bureau als besondere Abteilung im Vorstand zu errichten. Das von diesem zu sammelnde Material wird den Verbandsfunktionären zur Verfügung gestellt.
2. Der Vorstand hat für Vertrauensleute, Hilfskassierer und Arbeiterausschüsse eine kleine Schrift herauszugeben, welche die Aufgaben derselben schildert.
3. Wird von der Generalkommission zur Unterstützung Streikender oder Ausgesperrter aufgefordert, dann sind vom Vorstand

Extrabeiträge auszuscheiden und die hierzu erforderlichen Extramarcken den Zahlstellen zuzuführen.

4. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, den Zusammenschluß der Zahlstellen Frankfurt a. M. und Hechenheim sowie Eisenberg und Langenberg zu vollziehen.

Ein fünfter Beschluß bezieht sich auf Vorschläge zur Festigung und Erweiterung der internationalen Beziehungen, die der in Kopenhagen tagenden internationalen Konferenz der Fabrikarbeiter vorgelegt werden sollen.

Zur Berücksichtigung überwiesen wurde dem Vorstand:

- 1. Die jährliche Herausgabe eines allgemeinen Flugblattes für tschechische Ziegeleiarbeiter.
2. Die Förderung von Lichtbildervorträgen.
3. Die Einleitung der schon erwähnten Schritte zur Hebung der Lage der in der Papier- und Zellstoff- und Konfervenindustrie beschäftigten Arbeiter.
4. Die Einleitung von Schritten zum Abschluß eines Zentraltarifes mit der Großeinkaufsgesellschaft und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine für die in Kaffeeerzereien und in der Seifenfabrik in Gröbba b. Nizza beschäftigten Arbeiter, ferner zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit den in Frage kommenden Organisationen Oesterreichs.
5. Die Forderung in den Kassen- und Hilfskassierbüchern mit der laufenden Wochennummer zu versehen.

Alle Anträge auf Umänderungen am Sachorgan — achtfachiges Erscheinen — Fremdsprache — Druck in tschechischer Sprache — alle 14 Tage erscheinende Berichte aus der Zementindustrie — usw. sowie auf Lieferung der „Gleichheit“ an alle weiblichen Mitglieder und Veröffentlichung der Vorstandsberichte im Sachorgan wurden abgelehnt.

Damit war Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Es wurde sodann eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen und referierte danach Hegemann aus Hamburg als Berichterstatter der Statutenberatungskommission über die von dieser Kommission unterbreiteten Vorschläge zur Statutenänderung. Am Mittwoch wird die Diskussion über diese Vorschläge beginnen.

Aus der Partei.

1/2 Million organisierte Sozialdemokraten!

Der Bericht des Parteivorstandes an den Magdeburger Parteitag, der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, kann eine sehr erfreuliche Entwicklung der Arbeiterbewegung feststellen. Die Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation ist von 633 300 auf 722 830 gestiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 89 521 oder 14,13 Proz. Daran sind die männlichen Mitglieder mit 69 135 und die weiblichen mit 20 386 beteiligt. Der Bericht bringt in diesem Jahre auch eine nach Agitationsbezirken geordnete Zusammenfassung über die von den Parteioorganisationen geleistete mündliche und schriftliche Agitation. Danach ergibt sich, daß im letzten Jahre 29 826 Mitgliederversammlungen und 13 814 öffentliche Versammlungen stattfanden. Flugblätter sind in einer Gesamtauflage von mehr als dreißig Millionen verbreitet worden. Die Zahl der unentgeltlich verbreiteten Agitationskalender und Broschüren übersteigt 2 1/2 Millionen. Neben den glänzenden Erfolgen bei den Landtagswahlen und den Nachwahlen zum Reichstag kann der Bericht auch eine erhebliche Zunahme unserer Gemeindevertreter konstatieren. Die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern stieg von 210 auf 247 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 6431 auf 7729. Polizei- und Justizbehörden glauben immer noch, den Siegeslauf der Sozialdemokratie mit ihrer Nabelstichpolitik aufhalten zu können. So wurden in dem letzten Jahre gegen Partei- und Gewerkschaftsangehörige circa 87 Jahre Gefängnis und 30 524 Mark Geldstrafe verhängt.

Dem Internationalen Sozialistenkongress stellen der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften Bericht über die Arbeiterbewegung

Deutschlands seit dem Stuttgarter Kongress, also in den Jahren 1907, 1908 und 1909, in einem handlichen roten Fest, das eine sehr gute, gedrängte Uebersicht gibt. Der Bericht des Parteivorstandes verbreitet sich über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion, wobei neben der kritischen Beleuchtung der Regierungspolitik eine Reihe instruktiver Angaben aus dem Etat, der Zollgesetzgebung, der Sozialgesetzgebung, über die Krise u. a. m. gegeben werden, über die politische Bewegung, wobei das Wahlrecht im Reich und in den Bundesstaaten, die Wahlrechtsbewegung und die Landtagswahlergebnisse geschildert werden, über die Organisation der Partei, die parlamentarische Vertretung im Reichstags und in den Landtagen, über die Frauenbewegung und die Jugendbewegung, über Presse und Literatur, über die Parteischule und die Bildungsbestrebungen, über Partei und Gewerkschaften, über die Beziehungen zu anderen sozialistischen Parteien und internationale Betätigung und über die Genossenschaftsbewegung. Der Bericht der Generalkommission schildert die Entwicklung der freien Gewerkschaften in den drei Jahren, die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen, die Gewerkschaftskarteile und der Arbeiterssekretariate und sonstige gewerkschaftliche Organisationen.

Die Zahlen und Angaben der Berichte sind aus den Jahresberichten der Partei und der Generalkommission bekannt, so daß wir sie hier nicht zu wiederholen brauchen. Doch ist der Vergleich der Zahlen für die drei Jahre auch für die deutschen Parteigenossen von Interesse. Er stellt sich folgendermaßen dar:

Table with columns: Jahr der Orte mit Parteiorganisation, Mitgliederganzahl (insgesamt, männlich, weiblich), Verhältnis der Mitglieder zu den sozialdemokratischen Reichstagswählern in Prozent, Einnahmen, Ausgaben.

Die Abonnentenzahl der 74 (65) Parteiblätter war 1 041 498 (1906: 857 790), die Abonnementseinnahmen 6 706 151 M. und die Inserateinnahme 4 363 761 M.

Zur Budgetabstimmung.

Das Hamburger „Echo“ schreibt sehr treffend: „Während die weitans meisten sozialdemokratischen Blätter die Ablehnung des Finanzgesetzes durch die sozialdemokratischen Mitglieder der bayerischen Kammer als durchaus korrekt einfach registrierten, bemüht sich die beiden badischen Parteioorgane, die Budgetablehnung durch die Bayern für die badische Budgetbewilligung auszunutzen. Unglaublich, aber doch wahr! Beispielsweise schreibt die Mannheimer „Vollstimme“:

„Die Gründe, die unsere bayerischen Genossen veranlassen, gegen das Budget zu stimmen, sind durchaus einleuchtend. Sie sind praktischer Natur und stehen mit der ebenfalls aus praktischen Gründen erfolgten Annahme des Budgets durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Baden nicht im Widerspruch. . . . Daß bei dieser Sachlage“ auch die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages gegen das Budget gestimmt hätte, braucht nicht erst besonders festgestellt zu werden. Die badischen Abgeordneten befinden sich in dessen nicht in der Lage, die Verantwortung für die Arbeit des Landtages, bei der sie selber doch überall und erfolgreich mitgewirkt hätten, abzulehnen.“

Wirklich gut! Nach der Behauptung der badischen Parteioorgane waren bis zum letzten Tage die Abgeordneten entlassen, das Budget abzulehnen; da kam des Ministers Bodman schmeichelnde Rede, und nun stimmten sie für das Budget. Wäre diese Rede nicht gekommen, so hätten sie die Verantwortung für die Arbeit des Landtages, bei der sie selber doch überall und erfolgreich mitgewirkt hätten“, abgelehnt!

Kleines feuilleton.

Campagna-Bewohner. Ein Brand in der römischen Campagna, der die Heimstätten von 23 Familien mit ihrer ganzen Habe zerstört hat! Mancher wird fragen: Gibt es denn Dörfer in der Campagna Romana? Die Antwort lautet: Gewiß gibt es Dörfer und zwar sehr viele, von denen ein Teil nur zeitweise — während der Feldbestellung und der Ernte — ein Teil dauernd bewohnt ist. Freilich werden sie mehr dem Aprilarsensenden als dem europäischen Rombesucher vertraut erscheinen; denn es sind lediglich große oder kleine Gruppen von Strohhütten auf der nackten Erde, zum Teil auf Wodenerhebungen ohne Baum und Strauch errichtet, im Inneren eine Feuerstelle und die primitivsten Lagerstätten enthaltend, ohne jede weitere Ausstattung, an Sauberkeit und Wohnlichkeit nicht entfernt mit den Scheunen und Ställen der Grundbesitzer zu vergleichen. Die Bewohner sind die Wanderarbeiter aus den Bergdörfern Latiums und der angrenzenden Provinzen. Früher langten sie, auf Karren oder zu Fuß, mit ihrer dürftigen Habe beladen, im Herbst an und kehrten im Juni, nach der Ernte, in ihre Steinhütten in den Bergen zurück. Seit die Urbarmachung der Campagna begonnen und die Malaria ihre Schreden verloren hat, bleiben die günstiger gelegenen Hüttenanhebungen auch in den Sommermonaten bewohnt. Zu jeder Jahreszeit, besonders im ergebnislosen römischen Sommer, genügt eine geringe Unvorsichtigkeit, ein Funke des zwischen Steinen auf dem Fußboden entzündeten Kochfeuers, über dem der Kessel hängt, um das ausgedehnte Latten- und Strohwerk in Brand zu legen.

Die Besitz-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind gleich eigenartig. Eine gewissermaßen stabil gewordene Ansiedelung von fast hundert Hütten befindet sich seit Jahrzehnten am Osthügel der Albanerberge auf einer lustigen von Wald und Weinbergen umschlossenen Hügelgruppe, von der man eine prächtige Szenerie beherrscht: im Süden die frei aufsteigenden Kastanienbedeckten Dünge der Vulkanberge, gegenüber die schwarz durchwäldeten, nackten, violettschimmernden Kalkberge von Tiboli und Palestrina, zur Linken in der weitläufigen Ferne Rom, zur Rechten die Klünne der „Fornici“ und „Soldatberge“.

Siebzehn Familien, an 500 Personen, haufen hier jahraus jahrein mit Hühnern und Ferkeln in den Strohhütten. Sie stammen aus Capranica Brenesina, einem Bergdorf, dessen lerge, feimige, entwaldete Flur die Bevölkerung nicht zu ernähren vermag. Den Unterhalt erwerben sie mit Tagelöhnerarbeit auf den Campagnaquätern, in den Weinbergen und Wäldern der Gemeinde Rocca Priore, der sie einen erheblichen Zins für die Okkupation des Bodens zu zahlen haben. Weder diese noch die Heimatgemeinde, die Steuern von ihnen erhebt gleich dem Staate (!), leistet dafür das geringste für das geistige oder leibliche Wohl der Ansiedler,

die weder Schule noch Arzt, weder einen Feuereimer, noch eine Bedürfnisanstalt besitzen. Vor kurzem war davon die Rede, daß die Gemeinde Rocca Priore das betreffende Grundstück verkauft und der neue Besitzer die Absicht habe, die Ansiedler, von denen viele hier geboren sind, auszuweisen. Das Feuer ist ihm zuvorgekommen. Einige Hundert der Bewohner: Männer, Weiber und Kinder, haben sich bettelnd in die benachbarten Orte — alle stundenweit entfernt — zerstreuen müssen; denn es ist ihnen kaum mehr geblieben als was sie auf dem Leibe tragen. Wenn jemand eine Schlafstätte unter dem Strohdach, den Saß mit dem Maismehl und die Arbeitsgeräte behalten hat, schätzt er sich glücklich und wird beneidet. In der Nähe aber saulen alltäglich die Zugzüge zwischen Rom und Neapel vorüber.

Automatische Straßenbeleuchtung. Für zehn Pfennige zwölf Minuten Licht gibt es in dem Dorfe Jarlau bei Wogan. Auf der etwa einen Kilometer betragenden Wegestrecke von der Stadtgrenze bis in die Gemeinde Jarlau sind neun große Glühlampen aufgestellt worden, die die ganze Wegestrecke ausreichend beleuchten. Diese Lampen brennen auf Kosten der Gemeinde bis 10 Uhr abends. Nach dieser Zeit ist aber jedermann in der Lage, durch Einwurf eines Rechenpfennigstückes in einen der beiden Automaten, die an den Endmasten angebracht sind, den Strom auf zwölf Minuten wieder einzuschalten. Diese Zeit genügt in den meisten Fällen, um die fragliche Wegestrecke bequem zurückzulegen. Das Prinzip der Anlage ist dasselbe wie bei der automatischen Treppenbeleuchtung. Der Automat ist in einem Eisenkasten untergebracht, über dessen Zwerd ein weithin sichtbares Schild belehrt: „Für 10 Pfennig 12 Minuten Licht!“ Nach 10 Uhr abends wird der Apparat durch eine kleine Lampe beleuchtet. Die Brenndauer der Straßenlampen wird durch ein elektrisch betriebenes Uhrwerk geregelt.

Inserateinnahmen amerikanischer Zeitungen. Kürzlich veröffentlichte die Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft eine Zusammenstellung, aus der auch wir einen Auszug brachten, die zeigt, wie verschieden der Inhalt der Zeitung ist. Es ergab sich, daß die Inserate in den durch die Statistik erfaßten deutschen Zeitungen 43,39 und in den in Vergleich gestellten französischen Zeitungen 26,80 Prozent des Inhaltes ausmachten. Noch interessanter ist aber nun die Frage: was verdienen die Zeitungen an den Inseraten? Inseratenplattagen, wie sie „vorbildlich“ in dem „Berliner Lokalanzeiger“ bestehen, und in allen Großstädten existieren, die Hälfte ihrer Zeitungen und noch mehr zu lukrativen Einnahmegelegenheiten ausgebaut haben, nehmen auf diese Art Millionen in jedem Jahre ein. Leider läßt sich in Ziffern dieserlei nicht feststellen, weil die Zeitungen natürlich ängstlich verschweigen, was sie durch Annoncen verdienen, oft mag es ja mehr sein, als durch Abonnentengelder einkommt. Bis jetzt besaß nur eine Statistik auf diesem Gebiete, sie betrifft die amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften. In diesem Jahre hat Dr. Viktor Watoja ein Werk über die Kasse herausgegeben, in ihm findet sich die folgende Tabelle. Bei sämtlichen Zeitungen

und Zeitschriften der Vereinigten Staaten von Amerika beliefen sich die Einnahmen aus Anzeigen bei den Gesamteinnahmen auf

Table with columns: Prozent im Jahre, 1880, 1890, 1900 und 1905.

Die Ziffer des Antheiles der Einnahmen aus Inseraten an der Gesamteinnahme zeigt also eine ständige Steigerung. Bei dem Amerikanismus, der sich in Deutschland nicht zuletzt auch gerade im Großzeitungswesen bemerkbar macht, sind die Ziffern hier sicher jenen ähnlich. Die bürgerliche Inseratenpresse kann die Abonnentengelder soweit herunterzahlen, weil die Hälfte und womöglich noch mehr ihrer Kosten durch Inserate gedeckt werden.

Humor und Satire.

Der einzige, Berlin beherbergende Maler, der sich selbst einen so großen Namen gemacht hat, daß wir ihn erst gar nicht zu nennen brauchen. Dieser Künstler, ebenso berüchtigt durch seine erstklassigen Leistungen wie durch seine unerkünnliche Kaltschnauzigkeit, begreift auf der Straße einem seiner Verehrer, der alsobald die Schleusen seiner Verehrtheit öffnet: „Wissen Sie, Verehrter, ich sage es nicht, um zu schmeicheln, sondern weil es mir inneres Herzensbedürfnis ist. Seine Ueberzeugung braucht man ja nicht zu verfeinern. Also für mich gibt es in der ganzen Kunst überhaupt nur zwei Maler: der eine ist Velasquez, der andere sind Sie!“ Der Maler: „Was denn? Was denn! Wieso Velasquez?“

Lächlig. Herr Komaginer in Wosen hat einen eiligen Geschäftsbrief an einen Stunden in Kosten abzuschicken. Damit der Brief noch mit der nächsten Post weggeht, will er ihn durch seinen Lehrling gleich zum Breslauer Zuge tragen lassen und instruiert diesen: „Also, heerste, damit der Brief geht gleich weg, pack's in im Breslauer Zuge, der, wo geht ab um 2 Uhr 50. Der Lehrling geht und kommt nach einiger Zeit freudig zurück, indem er seinem Chef berichtet: Herr Prinzipal, ich hab' ehm gestekt im Berliner Zuge, der geht ab à Viertelstunde früher! („Luft. Blätter.“)

Notizen.

Die Berliner Neue Sezession veranstaltet vom 1. Oktober bis Anfang Dezember in Nacht Salon eine graphische und Kleinplastik-Ausstellung. Auch die von der Jury zurückgewiesenen Werke können besonders ausgestellt werden.

Wasserkraft in der Nähe. Ein Ingenieur Verardi in Neapel hat, wie der „Corriere“ mitteilt, eine einfache Vorrichtung erfunden, mit deren Hilfe die gewöhnliche Wasserleitung in den Häusern als Motor für allerhand praktische Zwecke nutzbar gemacht werden kann, als da sind: zum Kaffeemahlen, Fleischhaden, Schneeschlagen, zum Antrieb einer Nähmaschine, eines Ventilators, zur Speisung einer kleinen elektrischen Lichtanlage und dergleichen mehr.

Das sind wohl die berühmten „babischen Verhältnisse“, von denen wir nördlich des Main nicht verstehen!

Die Rürnberger Genossen gegen die Disziplinbrecher.

Rürnberg, 10. August.

(Privatbesprechung des „Vorwärts“.)

In der gestrigen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde auch die babische Budgetbewilligung behandelt. Nach mehrstündiger, sehr bewegter Debatte wurde mit etwa 250 gegen 80 Stimmen eine Resolution angenommen, die die Budgetbewilligung der babischen Landtagsfraktion als argen Disziplinbruch erklärt und die Erwartung ausdrückt, daß der Parteitag in Magdeburg Mittel und Wege finden werde, um eine Wiederholung eines derartigen Vorkommnisses in Zukunft zu verhindern.

Zum Landesparteitag des Herzogtums Anhalt,

nicht des Großherzogtums, wie irrümlich in der Korrespondenz über die Konferenz (Nr. 184 des „Vorwärts“) stehen geblieben ist, wird und noch aus Anhalt unsern 8. August geschrieben:

„Auf der gestrigen Landeskonferenz holte sich Genosse Peus beim Punkt: „Der Parteitag in Magdeburg“ mit seinen Ansichten über die badener Vorkommnisse eine glatte Abfuhr. Der Reichstagskandidat für Anhalt II (in der Korrespondenz in Nr. 184 ist er irrümlich als Kandidat des nicht existierenden 8. anhaltischen Kreises bezeichnet. Red. d. V.), Genosse Bender-Elberfeld, führte in glänzender Rede, unter fortwährenden Zustimmungskundgebungen der Delegierten, die Peuschen und nicht minder die Sturt-Einerschen Ausführungen gründlich ab. Mit aller Energie forderte Bender den Respekt vor dem Parteitag und seinen Beschlüssen. Nur die Disziplin hat unsere Partei zu solch gewaltigem Nachfaktor gebracht. Ganz entschieden müsse von allen ehrlichen Parteigenossen das Vorgehen der 17 babischen Genossen verurteilt werden. Diese nur, die um ein paar schöne Worte eines Ministers willen (sicherlich diesen groben Disziplinbruch begangen haben, tragen die Verantwortung. Langanhaltender Beifall folgte den vorzüglichen Ausführungen des Genossen Bender, ein Zeichen, daß die Genossen Anhalts den Anschauungen des Genossen Peus in diesem Punkte keine Gefolgschaft leisten.“

Zum Parteitag.

Mit dem Parteitag in Magdeburg beschäftigte sich am Montag eine Verammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis 14. Die beiden Referenten, die Genossen Löwig und Bromme verurteilten das Vorgehen der badischen Landtagsfraktion auf das schärfste. In keiner Weise seien die angeführten Gründe stichhaltig. Gefordert werden müsse vom Parteivorstand, daß er sich mehr als bisher die prinzipielle Klärung der badischen Genossen anlegen sein lasse. Besonders scharf gerügt wurde von letzterem Redner und in der Debatte auch vom Genossen Stelling, daß vom Karlsruher „Vollstrecker“ in der unerhörtesten Weise gegen den Parteigenossen Pannekoek und gegen den Parteivorstand gehandelt werde. Die Debatte war eine sehr lebhaft. Das Verhalten der Badener wurde nur von einem Redner, dem Genossen Salomon, verteidigt, während Genosse Wehrlein für mildernde Umstände plädierte. Sämtliche übrigen Redner gingen scharf mit den Disziplinbrechern ins Gericht. Von der Annahme einer Resolution wurde auf Vorschlag der Mehrzahl der Redner Abstand genommen. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Löwig und Bromme gewählt.

Die schwedische Sozialdemokratie 1909.

Der schwedische Parteivorstand hat Ende der verflohenen Woche seinen Jahresbericht für 1909 herausgegeben. Das Jahr war, wie in dem Bericht hervorgehoben wird, das ereignisreichste und bedeutendste, das die schwedische Arbeiterbewegung bisher erlebt hat, besonders natürlich auf gewerkschaftlichem Gebiet durch den Riesenkampf, der im Hochsommer begann und bis in den Herbst andauerte. Die politische Partei mußte während des Generalstreiks ihre Tätigkeit darauf beschränken, den Gewerkschaften unterstützend und helfend zur Seite zu stehen. Auf politischem Gebiet und im Reichstagskampf von 1909 hat die Partei im allgemeinen die besten letzten Wahlergebnisse begonnene Taktik fortgesetzt, die sich vor allem gegen die übermächtige Gemaltpolitik der Konservativen richtete. „Die Folge dieser unserer Haltung war“, sagt der Bericht, „eine Reihe von Niederlagen für die Regierung, die in jedem parlamentarisch regierten Lande den Abgang der Regierung zur Folge gehabt haben müßte, aber bei und nur zu einer noch deutlicheren Ausgestaltung des spezifischen schwedischen „Parlamentarismus“ führten, den die Krone proklamierte, und der nicht danach fragt, welchen Kurs die Mehrheit der Nation gehen will, sondern vollauf damit zufrieden ist, daß die Reichstagsmehrheit in den gemeinsamen Votierungen beider Kammern die Gelder bewilligt und die Steuern dem Volke auferlegt, die die Rechtspartei haben will.“ — Der Gegensatz zwischen der konservativen Regierung und der Mehrheit der zweiten Kammer ist sogar in direkten Mißtrauensvoten zum Ausdruck gekommen, aber bei einem partiellen Ministerwechsel konsolidierte sich die Lindman'sche Regierung noch mehr nach rechts, wodurch die Gegensätze weiterhin verschärft wurden. Während die Fraktion einerseits gemeinsam mit der bürgerlichen Opposition gegen die konservative Herrschaft front machte, führte sie in einer Reihe anderer Fragen den parlamentarischen Kampf durchaus selbstständig. So verlangte sie unmittelbare Fortsetzung und völlige demokratische Ausgestaltung der Wahlrechtsreform, Abschaffung der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Zwangsbesetze, Beseitigung der Polizeivollmacht — die ja dann, wie vorauszu sehen war, beim Generalstreik zu höchster Entfaltung kam —, protestierte gegen den ein freies Land kompromittierenden Besuch des Zaren und versuchte in verschiedenen anderen Fragen nach besten Kräften die Interessen des Proletariats zur Geltung zu bringen. Dann kam im Sommer der wirtschaftliche Riesenkampf und zeigte von neuem die tiefe Wahrheit des Marx'schen Wortes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein muß.

Die Parteitagitation wurde, soweit es die Verhältnisse zuließen, sehr eifrig betrieben. Die Maidemonstration des verflohenen Jahres erstreckte sich auf 138 Orte und rund 245 000 Personen nahmen daran teil. Die Raiffeisenzeitung wurde in 100 000 Exemplaren verbreitet, gegenüber 80 000 im vorhergehenden Jahre. Von den übrigen Zeitschriften der Partei erschien die neugegründete Monatschrift „Tiden“ in Auflagen von 4000 bis 6000 Exemplaren, und die Wochenzeitung „Julfastran“ in 50 000 Exemplaren. Im Prospektübertrag der Partei wurde unter andern Schriften ein Wahlhandbuch in 20 000 Exemplaren herausgegeben, und Flugblätter zur Gratisverbreitung wurden in 100 000 Exemplaren gedruckt. Die Parteipresse zählt 8 täglich erscheinende Zeitungen in einer Gesamtanzahl von 103 000 Exemplaren, sowie 5 Zeitungen, die höchstens zweimal wöchentlich erscheinen und deren Auflage zusammen 23 000 Exemplare beträgt. Hierzu kommen noch mehrere kleinere Parteiblätter sowie die Jugendorgane „Fram“ und „Stormklockan“ und die Frauenzeitung „Morgonbris“.

Die Mitgliederzahl der Partei ist im Laufe des Jahres stark zurückgegangen. Zu Anfang des Jahres hatte die Partei 112 693 Mitglieder in 296 Arbeiterkommunen. Während des Jahres sind 42 neue Arbeiterkommunen gegründet worden, aber die gleiche Anzahl löste sich infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf. Im ersten Quartal sank die Mitgliederzahl auf 101 423, im zweiten Quartal auf 91 008, im dritten auf 76 078 und im vierten Quartal auf 60 813. Der Mitgliederverlust ist leicht erklärlich und kam keineswegs unerwartet. Die schwere Wirtschaftskrise mit der großen langwierigen Arbeitslosigkeit während des Winters, dann der gewaltige wirtschaftliche Kampf mit den anschließenden rücksichtslosen Verfolgungen der organisierten Arbeiterschaft durch das Unternehmertum sind die Ursachen. Scharen der wichtigsten Organisationsmitglieder wurden aus der Arbeit gedrängt und aus ihren Wohnorten vertrieben und Tausende verließen das Land, um

sich in andern Ländern oder jenseits des Ozeans eine neue Existenz zu schaffen. Unter diesen Umständen ist es durchaus kein schlechtes Ergebnis, wenn eine Kerngruppe von zwei Dritteln der früheren Mitgliederzahl unerschüttert besteht, allen Verfolgungen zum Trotz. Es ist klar, daß es sich bei dem Mitgliederverlust nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt, und daß die Partei nach der Feuerprobe des verflohenen Jahres um so kräftiger wieder emporblühen wird.

Auf kommunalpolitischem Gebiete hat die Partei im Jahre 1909 noch unter den alten Wahlrechtsbestimmungen eine Anzahl von Wahlerfolgen erzielt. Neugewählt wurden 8 Stadtoberordnete, 24 Vertreter in die Ratsparlamentarische, 23 in die ländlichen Gemeinderäte, 12 in die Schulräte. Der eigentliche Vorkämpfer der Sozialdemokratie zur Teilnahme an den kommunalen Angelegenheiten begann jedoch erst mit dem Jahre 1910, als die neuen kommunalen Wahlrechtsbestimmungen in Kraft traten. Auf Grund dessen konnte die Partei auch zum ersten Mal nennenswerte Erfolge bei den Landstimmwahlen erzielen und zwar in dem Maße, daß sie jetzt in den verschiedenen Landstimmungen 125 Vertreter hat, gut 10 Proz. sämtlicher Landstimmwähler der Sozialdemokratie angehören. Die Einzelheiten über diesen verheißungsvollen Beginn einer neuen Zeit werden erst im nächsten Jahresbericht Aufnahme finden.

Soziales.

Ursächlicher Zusammenhang von den Verletzungen, vom Reichsversicherungsamt verneint!

Der Kaiser Albert V. erlitt am 16. April 1907 durch Verkehrsunfall — Sturz vom Wagen auf das Straßenpflaster — Hautabschürfungen am Kopfe. Die Arbeit nahm B. nach zwei Tagen wieder auf. Seine Klagen über Kreuz- und Kopfschmerzen wurden von der Fahrwerks-Versicherungsgesellschaft nicht als begründet anerkannt. Der Anspruch auf Rente wurde abgewiesen.

Gegen den Ablehnungsbescheid legte B. beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin Berufung ein und beantragte, die Beklagte zur Zahlung der Rente zu verpflichten, ihm die Kosten zu zahlen, da er völlig erwerbsunfähig geworden sei. Das Schiedsgericht forderte über den Zustand des Klägers ein ärztliches Gutachten vom Professor Dr. Sch. ein. Der Sachverständige sprach sich dahin aus, daß der Kläger in seiner Erwerbsfähigkeit schwer behindert sei. Soweit der Unfall in Frage komme, sei die Erwerbsunfähigkeit auf 33 1/2 Proz. zu schätzen. Das bei dem Kläger bestehende Lungenleiden habe ursächlich mit dem Unfall nichts zu tun.

Das Schiedsgericht schloß sich diesem Gutachten an und verurteilte die Versicherungsgesellschaft, dem Kläger für die notwendigen Verwendungen eine Rente von 33 1/2 Proz. zu zahlen.

Mit diesem Urteil waren beide Parteien zufrieden.

Am 29. April 1908 starb B. an der Schwindsucht. Die Witwe machte bei der Fahrwerks-Versicherungsgesellschaft Anspruch auf Hinterbliebenenrente geltend. Der Tod ihres Mannes siehe mit dem Unfall infolge von ursächlichen Zusammenhang, als das Lungenleiden durch den Sturz vom Wagen eine Verschlimmerung erfahren habe. Dadurch sei der Tod wesentlich schneller herbeigeführt worden. Die Fahrwerks-Versicherungsgesellschaft wies die Witwe ab, 1. weil das Lungenleiden schon 1 1/2 Jahr vor dem Unfall bestanden habe, 2. weil schon durch das Urteil des Schiedsgerichts vom 11. Februar 1908 festgestellt sei, daß das Lungenleiden durch den Unfall keine Verschlimmerung erfahren habe.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin wies die Berufung der Witwe ebenfalls zurück. Ohne den ursächlichen Zusammenhang des Lungenleidens mit dem Unfall nachzuprüfen, bezieht es sich auf sein Urteil vom 11. Februar 1908. Dieses Urteil ist rechtskräftig geworden. „Da somit das Lungenleiden auf den Unfall nicht bezogen werden kann, entbehrt der Antrag auf Entschädigung der Hinterbliebenen der Begründung.“

Gegen diese Entscheidung legte die Witwe Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Zunächst wurde die Rechtsauffassung des Schiedsgerichts bestritten. Für die Beurteilung des Kausalzusammenhangs zwischen Lungenleiden bezw. dem Tod und dem Unfall könne die Entscheidung vom 11. Februar 1908 nicht in Frage kommen, weil jetzt ein neuer Rechtsfall vorliege. Hierbei wurde auf eine Rekursentscheidung des Erweiterten Senats (vom 20. 6. 03 A. R. d. R. V. A. 1903 S. 566, B. 2019) verwiesen.

Nach dem ärztlichen Gutachten der Ärzte Dr. F. und Prof. Dr. R. vom Krankenhaus Roabit ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Unfall durchaus geeignet war, eine Verschleimung oder Verschlimmerung des bis dahin latenten Lungenleidens hervorzurufen und somit den nach einem Jahre erfolgten frühzeitigen Tod des Mannes zu bewirken.“

Im Verhandlungstermin wurde dem kaiserlichen Einwand stattgegeben. Das Reichsversicherungsamt beschloß ein ärztliches Gutachten vom Herrn Professor Dr. Frbg. über den Kausalzusammenhang einzufordern. Auch der behandelnde Arzt wurde noch einmal gehört.

Das Obergutachten war der Klägerin günstig. Herr Prof. Dr. F. spricht sich ebenfalls dahin aus: daß die Wahrscheinlichkeit einer Verschleimung des Lungenleidens und damit eine Verschleimung des Todes durch den Unfall eine größere sei. Er stimme Prof. Dr. R. bei. Die Witwe brachte auch noch eine Reihe von Bescheinigungen über die Arbeitsleistungen des Verstorbenen vor dem Unfall bei.

Trotz des ärztlichen Obergutachtens hat der erkennende Senat unter dem Vorbehalt des Geh. R. R. Dr. Gerstel den Rekurs der Witwe zurückgewiesen. In der Begründung des Urteils des Rekursenats wird unter anderem gesagt: „Wiewohl das Reichsversicherungsamt das Gewicht einer so bedeutenden ärztlichen Autorität, wie des Prof. Dr. Frbg. ist, nicht verkennt, hat es aus dem Gutachten nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß der Unfall eine derartige Verschleimung des latenten Lungenleidens bewirkt hat, daß dadurch der frühzeitige Tod herbeigeführt wurde. Hätte der Unfall irgendwie die Lunge in Mitleidenschaft gezogen, so hätte dies auch bald nach dem Unfall sich zeigen müssen. Trotz der latent bestehenden hochgradigen Lungenschwindsucht hat B. aber in den ersten Wochen nach dem Unfall gar nicht über die Lunge geklagt.“

Diese Gründe scheinen doch recht fadenfadenig. Wenn in einem Falle wie hier zwei hervorragende Ärzte aus dem Gebiete der Lungentuberkulose, Prof. Dr. Frbg. und Prof. Dr. R., sich unter eingehender Würdigung des Sachverhalts dahin ausgesprochen, daß die Wahrscheinlichkeit für die Verschleimung bezw. Verschlimmerung des Lungenleidens durch den Unfall eine größere sei, als die der Unabhängigkeit des Leidens bezw. Todes vom Unfall, wird man als Laie — und auch das Rekursgericht ist solchen medizinischen Autoritäten gegenüber Laie — sich dem Urteil der medizinischen Autoritäten gegenüber Laie — sich dem Urteil der medizinischen Sachverständigen anschließen müssen! Wogu sonst die Anhörung der ärztlichen Obergutachter? Von sozialem Empfinden zeugt das Urteil gerade nicht.

Kommunale Arbeitslosenzählung. Das Statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht soeben das Ergebnis der am 17. Juli unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen vorgenommenen amtlichen Arbeitslosenzählung. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen am Sonnabend, den 16. Juli, in Köln 1298, in Mülheim a. Rhein 106, im ganzen 1402. Bei der Sommerzählung des vorigen Jahres wurden dagegen bedeutend mehr, nämlich 2688 Arbeitslose ermittelt, ein Zeichen von der erheblichen Besserung des Wirtschaftslebens.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhte Dividenden in der elektrotechnischen Industrie.

Die großen Betriebe der elektrotechnischen Industrie haben nunmehr so ziemlich alle ihre Geschäftsjahre für 1909 veröffentlicht und es zeigt sich, daß sie im Durchschnitt eine etwas höhere Dividende verteilt haben, als im Jahre zuvor. Insgesamt

haben in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 89 Aktiengesellschaften der elektrotechnischen Industrie ihre Bilanzen veröffentlicht; sie hatten 1908/09 ein Aktienkapital von 811,32, 1909/10 ein solches von 881,42 Millionen Mark. Bei 87 von ihnen ließ sich der Gewinn resp. Verlust mit dem des Vorjahres vergleichen: es erzielten im Jahre 1909/10 83 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 824,04 Millionen Mark einen Reingewinn von 41,92 Millionen Mark, während der Reingewinn im Jahre 1908/09 bei ebenfalls 83 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 806,26 Millionen Mark 38,81 Millionen Mark betragen hatte. Der rechnungsmäßige Verlust stellte sich 1909/10 bei 4 Gesellschaften auf 800 688 Mark gegen 877 629 Mark im Jahre 1908/09. Für die Berechnung der Dividende konnten nur 86 Gesellschaften herangezogen werden, und zwar hatten diese im Jahre 1908/09 ein Aktienkapital von insgesamt 809,82 Millionen Mark, das sich infolge von Erhöhungen im Jahre 1909/10 auf 827,82 Millionen stellte. Auf das Aktienkapital von 1908/09 wurde eine Dividende von 26,12, auf das von 1909/10 eine solche von 23,53 Millionen Mark verteilt; im Durchschnitt ergibt sich demnach eine Dividende von 8,7 gegen 8,4 Proz. Stellen wir die Gesellschaften nach der Höhe ihres Aktienkapitals zusammen, so ergibt sich folgendes Bild. Es betrug bei den Gesellschaften mit einem Aktienkapital von

Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mark		Dividende in Proz.		
	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10	
mehr als 10 Mill. M.	8	244,75	26,50	8,8	8,8
5—10	5	33,25	33,25	6,4	8,1
1—5	18	28,68	29,43	8,1	8,4
weniger als 1	7	2,79	2,64	8,4	9,1

Am günstigsten haben die Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 5 bis 10 Millionen Mark abgeschnitten, denn sie konnten ihre Dividende um 1,7 Proz. des Aktienkapitals in die Höhe legen. Veranlaßt wurde die Steigerung bei diesen hauptsächlich durch die Ergebnisse der Aktiengesellschaft Wix u. Genest. Die ihre Dividende von 0 auf 8 Proz. erhöhte und die der Norddeutschen Seefabrikwerke, die ihre Dividende von 4 auf 10 Proz. hinaufsetzten. Die nächstgrößte Steigerung der Dividende weisen die Gesellschaften mit einem Aktienkapital von weniger als 1 Million Mark auf, während die Dividende bei den ganz großen Gesellschaften sich auf dem Vorjahresstande hielt. Die Erhöhung der Dividende, die die Siemens u. Halske A.-G. von 11 auf 12, die Schudertwerke in Rürnberg von 6 auf 6 Proz. vornahmen, wurde kompensiert durch den Rückgang der Dividende der Felten u. Guilleaume-Lohmeyerwerke von 8 auf 6 und der Elektrizitätswerke vorm. B. Lahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M. von 6 auf 5 Proz.

Die Getreidepreise an deutschen Fruchtmärkten

find nach der Abwärtsbewegung in den letzten Monaten im Juli 1910 wieder in die Höhe gegangen. Nach den Notierungen in den Provinzialplätzen, bei denen alle Landestteile Deutschlands berücksichtigt sind, ergab sich im Durchschnitt aller Märkte eine nicht unerhebliche Steigerung der Preise gegenüber dem Vormonat, der sich mit Ausnahme von Berlin, wo der Preis noch einen geringen Rückgang erfuhr, alle Getreidearten anschloßen. Der Umlauf im Juli dieses Jahres war stärker als im Vorjahr; er stellte sich auf 188 787 Doppelzentner gegen 120 014 im Juli 1909. Der Preis für Weizen betrug bei einem Umlauf von 40 826 Doppelzentner an 52 Märkten durchschnittlich 19,58 pro Doppelzentner gegen 18,89 im Juni und 27,17 im Juli 1909. Der höchste Preis im Berichtsmonat wurde in Württemberg mit 24,00 notiert, während der niedrigste Weizenpreis mit 14,00 in Mecklenburg-Schwerin bezahlt wurde. Der Preis für Speis z stellte sich im Juli 1910 auf 21,35 M.; er hatte im Juni 1910, im Juni 1909 28,08 betragen. Roggen wurde im Juli 1910 an 62 Märkten in einer Menge von 62 356 Doppelzentner umgelegt, und zwar belief sich hier der Durchschnittspreis auf 14,00 M. gegen 18,55 im Vormonat und 18,97 im Juli 1909. Am höchsten stand der Roggenpreis im Juli dieses Jahres in Württemberg mit 18,20 M., am niedrigsten in Mecklenburg-Schwerin mit 11,— M. Der Preis für Hafer, der in einer Menge von 51 423 Doppelzentner umgelegt wurde, erfuhr eine Erhöhung von 14,43 auf 15,03 M.; im Juli 1909 hatte er 20,34 M. betragen. Den höchsten Haferpreis wies im Berichtsmonat Schwarzburg-Sondershausen mit 19,— M. auf, der niedrigste Preis dagegen wurde mit 11,80 M. in Schleien notiert. Der Preis für Gerste endlich, bei der sich der Umlauf an 88 Märkten auf 16 824 Doppelzentner stellte, schwächte sich von 18,61 M. im Juni auf 18,57 M. im Juli ab. Im gleichen Monat des Vorjahres hatte er 16,67 M. betragen.

Das neue Rohseisenpatent. Es scheint jetzt gelungen zu sein, die meisten am Rohseisenmarkt beteiligten Werke zum Beitritt zu der Verkaufsvereinbarung deutscher Rohseisenwerke zu bewegen, die kürzlich geschlossen worden ist. Aber man darf die jetzt gelungene Verständigung nicht auf eine Stufe mit dem früheren Syndikat stellen. An dessen Bedeutung reicht die Konvention nicht entfernt heran, da ihrer Wirksamkeit enge Grenzen gezogen worden sind. Im besonderen geht der Verkauf weiter durch die einzelnen Werke. Dann stehen auch noch einige Hütten, so die Siegerländer, draußen. Doch kommt es im ganzen hierauf weniger an, da die Siegerländer Hütten wegen der besonderen Qualität ihres Rohseisens von jeder eine Sonderstellung eingenommen haben und in einem eigenen Siegerländer Verkaufsverein zusammengeschlossen waren, der nur einen Vertrag mit dem Düsseldorf'schen Syndikat geschlossen hatte. Die Zugewinnburger Werke stehen gleichfalls abseits, wenn sie auch der Vereinigung beigetreten sind.

Wenig tröstlich. In der ersten Gläubigerversammlung der Niederdeutschen Bank konnte der Verwalter des Konkurses überhaupt noch keine Zahlen bezüglich der Höhe der Aktiva und Passiva geben. Die Lage sei wenig tröstlich. In der Hauptsache habe die Bank große Verluste bei Spekulationen erlitten, bei Getreidespekulationen über eine Million Mark.

Werftweiterung. Die Werften von Mohm u. Soh und die Reifert'sche Schiffswerft beabsichtigen eine Vergrößerung ihrer Werft und die Erweiterung des Areals. Die Verhandlungen der Reifert'schen Werft mit dem Staat sind bereits zum Abschluß gelangt.

Verteuerung der Baumwolle.

Vergleicht man die Baumwollpreise an den beiden wichtigsten deutschen Plätzen nach den amtlichen Notierungen im letzten Jahrzehnt unter Berücksichtigung des höchsten und niedrigsten Jahresdurchschnitts mit der Notierung zum Juni 1910, so erweist sich die diesjährige Rohstoffverteuerung am Baumwollmarkt. Es betragen die Preise:

	1899	1904	1908	1910
Bremen, Middl. Isl.	67,80	124,30	119,75	150,71
Good Onraw. II	54,80	96,90	91,23	108,30
Hamburg, New-Del. Middl.	68,10	125,40	119,33	151,50

Imar wurde in letzter Zeit angeführt der Ernteberichte die Position der Hauspartei am amerikanischen Baumwollmarkt wiederholt erschlüsselt, doch selbst noch in den letzten Wochen konnte sich angesichts der Knappheit der auf den Markt gedachten Ware eine erneute Befestigung der Preise für sofortige Lieferung vollziehen. Die Preisnotierungen am New Yorker Markt zeigten nämlich folgenden Verlauf:

	12. Mai	31. Mai	16. Juni	1. August	6. August
	15,95	14,50	16,40	15,20	15,90

Demgegenüber haben sich die Preise für Terminkäufe bedeutend niedriger und zwar für Januar 1911 am 6. August auf 13,42 gestellt. Diese Preisliste für Terminkäufe, die den Baumwoll-

Freie Volksbühne

Das neue Spieljahr beginnt am Sonntag, den 4. September 1910.

Neues Schauspielhaus

Björnson:
Ueber unsere Kraft.
Hebbel:
Agnes Bernauer.
Pailleron:
Die Welt, in der man sich langweilt.

Lessing-Theater

Hermann Bahr:
Das Konzert.
Hartleben:
Rosenmontag.
Hauptmann:
Vor Sonnenaufgang.

Thalia-Theater (in eigener Regie)

Novität:
Galsworthy:
Kampf (Stufe). Aus dem modernen englischen Arbeiterleben.
Schauspiel in 3 Akten.
(Mit großem Erfolg in Köln aufgeführt)
Operette von Offenbach:
Die schöne Helena.

Residenz-Theater

Gauvauld und Charvey:
Die 300 Tage.
Dumas:
Denise.

Herrnfeld-Theater (in eigener Regie)

Schönthan:
Der Herr Senator.
Knut Hamsun:
An des Reiches Pforten.

Neues Schauspielhaus

Abend-Abteilungen
Molière:
Tartuff.
Hebbel:
Agnes Bernauer.

Extra-Vorstellungen mit besonderem Repertoire finden im Lessing-Theater am 20. November, 25. Dezember und 16. April 3 Uhr nachm. statt.

Ferner finden statt: **Konzerte, Winter- und Frühjahrsfest** usw.

Die Mitgliedschaft des Vereins Freie Volksbühne wird erworben durch Anmeldung in einer der untenverzeichneten Zahlstellen. Wer sich als Mitglied aufnehmen lassen will, schreibe Namen, Stand und Adresse in ein in jeder Zahlstelle erhältliches Formular und ist der erste Monatsbeitrag (1,10 M. für die Nachmittagsabteilungen oder 1,90 M. für die Abendabteilungen) zu hinterlegen. Das einmalige Eintrittsgeld nur für neue Mitglieder beträgt 90 Pf., der Monatsbeitrag wird im Jahre nur zehnmal erhoben.

Zahlstellen:

- | | | |
|---|--|--|
| <p>N.: Ernst Beyer, Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 11.
H. Roloff, Zigarrenhandlung, Wörther Str. 31.
A. Charlot, Zigarrenhandlung, Ackerstr. 154.
Paul Masanke, Zigarrenhandlung, Pankstr. 24.
H. Vogel I, Zigarrenhandlung, Lortzingstr. 37.
C. Opitz, Zigarrenhandlung, Lynarstr. 2.
H. Wernicke, Restaurant, Ackerstr. 123.
A. Tietz, Zigarrenhandl., Invalidenstr. 124 (Stett. Bahn).
Kriedemann, Zigarrenhandlung, Stargarder Straße 74.
H. Brückner, Zigarrenhandlung, Gartenstr. 71.</p> <p>NO.: Franz Niemeyer, Zigarrenhandlung, Weberstr. 19.
J. Reul, Zigarrenhandlung, Barnimstr. 42.
M. Herforth, Zigarrenhandlung, Lippehner Straße 15.
O.: P. Horsch I, Zigarrenhandl., Engelauer 15 (Gewerksch.).
G. Vogel II, Zigarrenhandlung, Koppenstr. 81.
Lohaus, Zigarrenhandlung, Thaerstr. 61.
Karl Dühn I, Zigarrenhandlung, Petersburger Str. 34.</p> <p>SO.: A. Böttger I, Zigarrenhandlung, Skalitzer Straße 107.
Friedrich, Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 5.
Neithardt, Restaurant, Görlitzer Straße 58.
Karl Scholz, Glaserei, Wrangelstr. 110.
Paul Ihm, Zigarrenhandlung, Wrangelstr. 58.</p> <p>S.: R. Schmidt I, Zigarrenhandlung, Kottbuser Damm 8.
Gottfried Schulz II, Zigarrenhandlung, Admiralstr. 40a.
W. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 15.
F. Meyer I, Café, Dresdener Str. 128/129.</p> | <p>SW.: Rudolf Daehn II, Zigarrenhandl., Hagelberger Str. 27.
Julius Meyer, Restaurant, Oranienstr. 103.
F. Ohnesorge, Restaurant, Markgrafenstr. 102.
A. Böttger II, Zigarrenhandlung, Zossener Straße 30.</p> <p>W.: Wiemers, Restaurant, Bülowstr. 59.
Max Weber, Zigarrenhandlung, Barbarossastr. 64.</p> <p>NW. (Moabit): Ernst Voigt, Zigarrenhandl., Charitéstr. 3 (Verbandsbau der Metallarbeiter).
Lamprecht, Restaurant, Putlitstr. 10.
Karl Märker, Zigarrenhandlung, Turmstr. 52.</p> <p>C.: H. Ramm, Zigarrenhandlung, Stralauer Straße 2/6.
Alb. Löwenberg, Zigarrenhandl., Neue Schönhaus Str. 18.
Clasen, Zigarrenhandlung, Gipestr. 27.
G. Wehnacht, Restaurant, Grünstr. 21.</p> <p>Rixdorf-Britz:
H. Kramer, Restaurant, Zietenstr. 69.
Max Zirkel, Zigarrenladen, Fuldastr. 55 (Idealpassage).
A. Mittag, Zigarrenhandlung, Chausseeestr. 82.</p> <p>Charlottenburg:
A. Wilk, Zigarrenhandlung, Kirchstr. 30.
F. Schmidt II, Zigarrenhandlung, Wilmersdorfer Str. 130.</p> <p>Wilmersdorf:
E. Meyer II, Konfitürenhandlung, Uhlendstr. 97.</p> <p>Friedenau:
E. Kropp, Zigarrenhandlung, Bornstr. 4.</p> | <p>Tempelhof:
M. Müller, Restaurant Berliner Straße 61/62.</p> <p>Ober-Schöneweide:
H. Knappe, Restaurant, Westendstr. 22.</p> <p>Tegel:
Johann Lauer, Zigarrenhandlung, Berliner Str. 92.</p> <p>Weißensee:
Nerlich, Zigarrenladen, Lothringenstraße 13.
Rummelsburg-Boxhagen:
Havenstein, Zigarrenladen, Lenbachstr. 22.</p> <p>Stralau:
Gerhard, Zigarrenhandlung, Stralauer Allee 23.</p> <p>Pankow:
Janicke, Zigarrenhandlung, Mühlenstr. 33.
Baumshulenberg:
Bommel, Zigarrenhandlung, Kieholstr. 163.</p> <p>Reinickendorf:
H. Gründer, Zigarrenhandlung, Hoppestr. 24.</p> <p>Friedrichshagen:
Franke (Konsumgenossenschaft), Friedrichstr. 93.
Lankwitz-Lichterfelde:
P. Dehns, Zigarrenhandlung, Seidlitstr. 12.</p> <p>Grünau-Adlershof:
A. Beck (Konsumgenossenschaft), Bismarckstr. 11.
Friedrichsfelde-Lichtenberg:
G. Kegel (Konsumgenossenschaft), Capriviallee 44.</p> |
|---|--|--|

Die Adresse der Geschäftsstelle und Kassenverwaltung ist: **G. Winkler, Berlin-Rixdorf, Kirchhofstr. 46 II rechts.**

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Versüßtes! *auffel auf Sie aufzulief große Packung, eine Goldfarb nicht fallen!*



Gesundheitstabak J. Goldfarb Preuss. Stargard.
D.R.P.Z. 106.52.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.



Wie diese Palme das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt, so überragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen. Palmin zum Kochen, Braten und Backen. Palmona als Brotaufstrich.

Die Dekonomie des **Verbandshauses der Gastwirtsgehilfen.** Berlin, Große Hamburger Straße 18-19, ist per 1. Oktober d. J. zu vergeben. Zur Uebernahme sind erforderlich 6000 M. Angebote sind zu richten an den Vorstand der Ortsverwaltung Berlin I.

Wir fahren alle nach der **Reform Zahnpraxis**



Schmerzlose Behandlung
Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35.	6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
2. Praxis: Eilenburger Str. 14.	7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 163.
3. Praxis: Oranienstr. 61.	8. Praxis: Spandau, Neuen- dorfer Straße 106.
4. Praxis: Palisadenstr. 106	
5. Praxis: Moabit, Hutten- straße 65.	

unglückliche Fahrer war ancheinend schwere Verletzungen erlitten habe, aber doch mit dem Leben davongekommen sei.

Während die Katastrophe eintrat, befand sich nur noch Jeannin mit seinem Parmanapparat in den Lüften. Dieser fliegerte seine Dauerflug auch Stunde um Stunde fort. Für geraume Zeit freilich schien den übrigen Fliegern die Luft zum Aufstieg vergangen zu sein, nur der Antoinettepilot Biencziers gestellte sich um 1/2 Uhr noch einmal zu Jeannin, bis das Schlusszeichen um 8 Uhr den Flügen ein Ende machte.

Vor der Katastrophe bot das Flugfeld ein überaus interessantes Bild. Zeitweise befanden sich bis zu sechs Fahrzeugen gleichzeitig in der Luft. Brunnhuber auf einem Sommer-Apparat und Thelen auf einer Wrightmaschine rangen im Wetstreit um den Dauerpreis um die Palme. Nach reichlich anderthalbstündiger Flugdauer ging Thelen nieder, während Brunnhuber erst nach genau einer Stunde und 50 Minuten landete. Auch Jeannin brachte es zu anderthalbstündiger Flugdauer. In einem ersten Aufstieg erreichte Biencziers mit einem Passagier eine dreiviertelstündige Flugzeit. Dazwischen flogen länger oder kürzer Engelhardt, Behrend, Dörner, Laitsch und Gorissen; der letztere unternahm zwei Ueberlandflüge von je etwa 10 Minuten Dauer. Kurz: sämtliche Aviatiker bewiesen, wie gewandt sie ihre Maschine zu handhaben verstehen. Schade nur, daß der böse Sturz Heims die enthusiastischen Zuschauer wieder daran erinnerte, daß zurzeit die Flugmaschine trotz ihrer brillanten Leistungen von dem Ideal möglichst absoluter Betriebssicherheit noch recht weit entfernt ist.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Nach der Unterschlagung von 30 000 M. gekühdet ist der frühere Inhaber der Möbelabrik Alma Braunfisch in der Charlottenstr. 5, der verheiratete 45jährige Möbelfabrikant Georg Braunfisch. In seiner Begleitung befindet sich die 17jährige Verkäuferin Günhild Wolin. Ueber den Vorfall wird folgendes gemeldet:

Georg Braunfisch blieb, nachdem die Firma in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt war, Geschäftsführer und Prokurist. Er, der verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, hatte vor einiger Zeit mit einer Freundin seiner ältesten Tochter, der 17jährigen Günhild Wolin, die als Verkäuferin in einem Juweliergeschäft tätig war und bei ihrer Mutter in der Wilmersdorfer Straße 159-160 wohnte, ein Liebesverhältnis angeknüpft. Vor einigen Wochen hatte B. eine Erholungsreise angetreten, von der er jedoch nicht zurückkehrte; die Revision der Bücher ergab, daß B. recht erhebliche Beträge, die fast 30 000 M. erreichen, eingezogen bzw. für die Firma abgehoben und für sich verwendet hat. Zu gleicher Zeit ist auch die Günhild Wolin verschwunden. Das Pärchen hat sich anscheinend zunächst nach Salzbrunn gewandt und dann nach Köpenick. Dort hat die Wolin, die wahrscheinlich von der unrechtmäßigen Aneignung des Geldes keine Ahnung hat, ihre Ankunft Bekannten angezeigt. Man hat, sobald dies in Charlottenburg bekannt wurde, Schritte getan, um das Paar dort festzunehmen.

Schießmanöver im Automobil. Gestern morgen nahmen in der Dandelmännstraße der Schreiber Fritz Vogt aus der Wilmersdorfer Straße 13 und der Kaufmann Richard Ulrich ein Automobil und beauftragten den Chauffeur Gustav Kiedler, sie nach dem Reichslanzlerplatz zu fahren. Bereits vor dem Platz zahlten die Fahrgelei das Fahrgelei, stiegen aus und begaben sich seitwärts nach dem unbebauten Gelände, auf dem sie Schießversuche anstellten. Sie kamen bald darauf wieder auf die Fahrstraße und trafen dort mit seinem Wagen haltenden Chauffeur. Vogt und Ulrich bestiegen das Automobil und ließen sich nach der Wilmersdorfer Straße 13 fahren; Vogt setzte sich in das Auto, Ulrich neben den Fahrer. Plötzlich wurde vom Innern des Wagens ein Schuß abgegeben, der den Chauffeur traf, ein zweiter Schuß traf Ulrich in die Schulter; dann gab Vogt einen dritten Schuß auf sich ab, durch den er sofort getötet wurde. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt. Vogt und Ulrich sind junge Leute von zwanzig Jahren.

Rixdorf.

Auf der Lehmmaschine angeschossen wurde gestern der Angestellte der Rixdorfer städtischen Straßenreinigung Sabana. Als die Lehmmaschine die Panzerstraße entlang fuhr, um den Damm zu säubern, erhielt er vor dem Grundstück Panzerstr. 29 einen Schuß in die rechte Wange. Er stieg sofort vom Wagen und wollte den leichtfertigen Schützen festnehmen. Dies gelang ihm aber nicht. Es ist noch nicht festgestellt worden, wer den Schuß, der aus einem großen Lechingskaliber gekommen ist, abgegeben hat.

Mariendorf.

In arger Bedrängnis befindet sich der hiesige Gemeindevorstand infolge der zahlreichen Kirchenaustrittserklärungen. Alle diejenigen, die ihren Austritt aus der Kirche angemeldet hatten, erhielten von dem Kirchenrat ein vier große Seiten heliographiertes Schreiben, in welchem ganz „freundliche“ auf die „schweren Folgen“ eines solchen Schrittes hingewiesen wird. Es wird in dem Schreiben auf die Rechtsverluste hingewiesen, die ein Kirchenaustritt nach sich zieht. Der Ausgeschiedene hat kein Recht mehr auf eine Patenstelle, dürfte das heilige Abendmahl nicht mehr nehmen und verliere sein aktives und passives Wahlrecht. Unter 6. heißt es dann wörtlich: „Sie verlieren den Anspruch auf eine Grabstelle auf unserem Friedhofe, da dieser der kirchlichen Gemeinde gehört, aus der Sie sich selbst ausschließen.“ Das ist ein Irrtum. Es besteht eine Abmachung mit der Gemeinde Mariendorf, nach der die Kirchengemeinde verpflichtet ist, die im Gemeindebezirk Mariendorf Verstorbenen auf dem Friedhofe der Kirchengemeinde beerdigen zu lassen, da leider noch kein Gemeindefriedhof vorhanden ist. Nach Aufzählung der Rechtsverluste steht dann der Satz: „Diese Verluste fügen Sie sich und den Ihrigen — vorausgesetzt, daß Sie sich nicht dies oder jenes Recht später erschließen wollen, was aber eines aufrichtigen Menschen unwert sein dürfte — selber zu.“ Wer wird sich Rechte erschließen wollen? — Ein Mensch, der mit der Kirche innerlich schon längst gebrochen hat, hat auch schon längst auf diese Rechte freiwillig und gern verzichtet. Ueber die eventuellen Austrittsgründe wird in dem Schreiben folgendes angeführt: Sie wollen vielleicht ausscheiden, weil Sie mit Ihren religiösen Anschauungen nicht mehr auf dem Boden der Kirche zu stehen glauben. Aber bedenken Sie wohl, daß in der evangelischen Kirche die verschiedenartigsten Auffassungen nebeneinander bestehen und jeder ein Mitglied der Kirche sein und bleiben kann, der dem Evangelium Jesu Christi von der Gottes- und Menschenliebe sich nicht verschließt. Oder aber Sie sagen: „Ich habe nichts von der Kirche; aber bedenken Sie wohl, daß die Schuld lediglich an Ihnen liegt! Warum halten Sie nicht treu zur Kirche? Jede Sache ist einem so viel wert, als man sich zu ihr hält und für sie eintritt.“ Na also! Warum will die Kirchengemeinde solche Mitglieder noch halten, die in der heutigen Kirche keinen Wert mehr erblicken und infolgedessen austreten? An anderer Stelle heißt es: „Oder aber Sie scheiden aus, weil Sie es der Kirche zum Vor-

wurf machen, daß sie mit dem Staate rechtlich verbunden ist und oft nur im Interesse des Staates gearbeitet hat. Aber wenn auch hier manchmal Fehler vorgekommen sein sollten, welche menschliche Organisation wäre fehlerfrei? Vergessen Sie nicht, daß viele fromme Christen innerhalb der Kirche längst sich Mühe geben, die Beziehungen von Staat und Kirche auf das Mindestmaß einzuschränken und die Kirche nur ihre eignen rein geistlichen Aufgaben erfüllen zu lassen. Oder wollen Sie etwa behaupten, daß die Kirche keine Segensmacht gewesen wäre und nicht unendlich viel Gutes gestiftet hätte? Nun, das wäre nur ein Zeichen dafür, daß Sie geschichtlich schlecht unterrichtet sind und daß Sie leichtgläubig sich von ungebildeten und lägenhaften Schwägern und Fanatikern verhegen lassen, ohne — wie es einem wahrheitsliebenden Menschen zukommt — selber sich zu unterrichten.“

Wie sehr die Kirche ihre Beziehungen zum Staate auf das „Mindestmaß“ herabgedrückt hat, ist hinlänglich bekannt, unterziehen doch in Preußen die Volksschulen gänzlich der geistlichen Aufsicht. Wenn von Verheerung durch ungebildete und lägenhafte Schwäger und Fanatiker geredet wird, so scheint man gewiß die kürzlich stattgefundenen Versammlung im Auge zu haben, in der im überfüllten Saale Genosse Hoffmann über Kirchenfragen referierte und die auch diesen Massenaustritt nach sich zog. In dieser Versammlung hatte der Einberufer, wie es einem wahrheitsliebenden Menschen zukommt, die beiden Geistlichen am Orte eingeladen und schriftlich die Garantie gegeben, daß die Herren unbekümmert reisen können und in jeder Weise geschützt seien. Erschienen sind sie nicht um den „lägenhaften und ungebildeten Fanatiker“ zu widerlegen. Jetzt erklären sich aber die beiden Herren in dem Schreiben bereit, zu jedem gern kommen zu wollen, um zu „orientieren“. Daß die Herren damit Glück haben, ist mehr als zweifelhaft. Wer noch lebhaft war, wird nach diesem Brief gewiß mit seinem Austritt nicht mehr zögern. Selbst der Schlussatz, daß es sich die Gemeinde sehr überlegen wird, wenn so ein leichtfertiger Ausgetretener wieder eintreten will, denselben wieder aufzunehmen, wird nicht mehr zischen.

Köpenick.

Von einem großen Brande ist die Zichorienfabrik von F. J. Mesag, in der Lindenstr. 7, in der letzten Nacht heimgesucht worden. Um 11 Uhr kam das Feuer in einem Papierlager aus noch nicht aufgekärter Ursache zum Ausbruch und fand an dem Packmaterial ujm. reiche Nahrung. Die Flammen ergriffen bald das Dachgebälk eines Mittelbaues, der zwei Fabrikgebäude miteinander verbindet. Die freiwillige Feuerwehr von Köpenick, sowie die von Spindlersfeld und die von Ober-Schöneweide waren bald zur Stelle und griffen tüchtig mit mehreren Schlauchleitungen an. Es gelang den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren den angrenzenden Speicher zu schützen. Der Dachstuhl des Mittelbaues ist niedergebrennt und sind dabei etwa 100 Zentner Rohmaterial teils verbrannt, teils beschädigt. Der Schaden ist voll versichert. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. Gestern früh konnten die Wehren wieder abrücken.

Weißensee.

Herr Dr. Pape meldet sich. In dem Organ der alten Fraktion, dem „Weißenseer Tageblatt“, nimmt der besoldete Schöffe Dr. Pape zu der Notiz „Ein Unberücksichtigter“ in Nr. 183 des „Vormärz“-Stellung; er erklärt, die Mitteilung enthalte eine vollständige Verdrehung des Tatbestandes. Den Verfasser der Notiz macht er auch verantwortlich für einen über seine Person in der „Morgenpost“ erschienenen Artikel, der verschiedenes über seine Verfehlungen aus früherer Zeit enthält. Auch meint er, daß er den Sozialdemokraten wohl schwer im Magen liegen müsse, weil sie ihn nicht in Ruhe lassen. Aber er könne auch wieder andere Seiten anschlagen, wenn die Herren es wünschen. Wer laßt da? Auch rühmt er sich, daß er den anderen Juristen der Gemeindeverwaltung allemal gewachsen sei. Bis jetzt ist bloß das Gegenteil erwiesen, denn mit allen durch die Person Dr. Pape angeführten Projekten hat die Gemeinde die Kosten getragen. Ueber seinen jetzigen Prozeß gegen den Gemeindevorstand gibt es in der hiesigen Bevölkerung nur ein Urteil. Ferner erklärt er noch, daß er sich zur Arbeit gar nicht zu drängen brauche, da man dem Bureau direktor ein höheres Gehalt bewilligt habe, als ihm als besoldeten Schöffen. Auch spüre er gar nichts von Unwillen in der Einwohnerschaft gegen seine Person, im Gegenteil richte sich der Unwille gegen eine andere Stelle. Herr Pape scheint wohl vergessen zu haben, daß das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung, was mit einer Verurteilung zu 400 M. Geldstrafe endete, lediglich aus Unwillen gegen ihn eingeleitet worden ist.

Wittenau.

Ueber den üblichen Unglücksfall in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, wovüber wir in der Sonntagnummer berichteten, wird uns von den Arbeitern genannten Betriebes folgendes berichtet: Ruhr holte Drehspäne aus der Fabrik ab. Als er im Begriff war nach Hause zu fahren, mußte er, weil der Kran gerade über dem Wege stand, durchfahren. Die Kette des Krans, an welche die Gegenstände angehängt werden, war jedoch nicht hoch genug gezogen, der Haken blieb daher am Aufhänger hängen, was R. nicht bemerkte, und so mußte der nur auf schmalen Füßen stehende Kran beim Weiterfahren umfallen. Der Ausleger wurde von hinten auf den Kopf und Oberschenkel getroffen, worauf der 15-20 Zentner schwere Kran zwischen die Pferde fiel.

Zegel.

Die von den Genossen veranstalteten Ferienkinderspiele erfreuten sich auch in diesem Jahre einer regen Beteiligung. Damit ist die Notwendigkeit, daß derartige Veranstaltungen später von der Kommune geleitet werden, erwiesen. Durchschnittlich beteiligten sich an einem Spieltage 100 Kinder, an den sieben Spieltagen insgesamt 710.

Spandau.

Die hiesige Walderholungsstätte an der Radelandstraße ist jetzt fertiggestellt und soll der Benutzung übergeben werden; es fehlen aber die Erholungsbedürftigen, nicht etwa, weil keine da sind, beileibe nicht. Erholungsbedürftige sind in sehr großer Anzahl vorhanden, nur will niemand in diese von der Stadt geschaffene Erholungsstätte gehen. Nicht allein, daß man entgegen den Wünschen der Krankenlasten einen Platz gewählt hat, der sich zu einer Walderholungsstätte nicht eignet, hat der Magistrat auch noch die Bestimmung getroffen, daß vorläufig nur männliche Personen aufgenommen werden, und daß Essen, namentlich warmes Mittagessen, nicht verabfolgt wird, trotzdem man eine Küche gebaut hat. Man stelle sich einmal vor, auf einem an einer ziemlich belebten Straße, dem Friedhofsweg, belegenen, mit einigen Kiefernblümen besetzten Platz, der etwa 2 Morgen groß ist, hat man in der Mitte eine Küche mit kleinen Wirtschaftsräumen gebaut. Essen wird allerdings nicht gekocht. In beiden Seiten der Küche (?) befinden sich offene Hallen, die mit Zementfußboden hergestellt sind. Licht und Luft kommt in diese Hallen nicht viel hinein, weil sie zu niedrig sind. Von der Küche (?) sind nach jeder Halle Schalter angebracht. Ursprünglich sollten wohl hier die Speisen durchgereicht werden. Da aber nicht gekocht wird, dienen die Schalter wahrscheinlich dazu, um die in der Halle auf dem Zementfußboden liegenden Erholungsbedürftigen zu beaufsichtigen. Wege existieren nicht, die sollen wahrscheinlich die Erholungsbedürftigen erst machen. Hinter den Liegehallen befindet sich die Retirade. Rund um dieses Musterwerk hat man einen Zaun gemacht, der wie ein Wildgatter aussieht. Man hat nämlich nur Spanndrähte in Abständen von circa 80 Zentimeter von einem Pfahl zum anderen gezogen. Die in dieser Erholungsstätte aufgenommenen Erholungs-

bedürftigen können von allen vier Seiten beobachtet werden. Und das nennt man in Spandau eine Walderholungsstätte.

Notwales.

Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht.

Die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht erfolgt am Montag, den 15., und Dienstag, den 16. August, nachmittags von 5-8 Uhr, im Restaurant zur Turnhalle, Auguststr. 47, und zwar wählen am 15. August die Wähler mit den Anfangsbuchstaben A-L und am 16. August die Wähler mit den Anfangsbuchstaben M-Z. Die Liste des Gewerkschaftskartells hat die Nummer 1, worauf zu achten ist. Berechtigt zur Wahl sind alle Arbeitnehmer, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Notwales beschäftigt sind, oder falls sie außerhalb in Arbeit stehen (auch bei Innungsmeistern) hier wohnen. Für die Wahl gilt das Proportionalsystem. Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettels, auf welchem lediglich die Ordnungsnummer der Liste, also in diesem Falle die Nummer 1, angegeben ist. Zusätze zur Ordnungsnummer sind unzulässig, ganz besonders die Bezeichnung der auf den Listen vorgeschlagenen Personen. Stimmzettel mit irgend einem anderen Vermerk als der Listennummer sind ungültig. Die Stimmzettel sind am Wahllokal zu haben. Jeder wahlberechtigter Arbeitnehmer hat sich mit einer Legitimation zu versehen, die entweder vom Arbeitgeber oder von der Polizeibehörde zu beglaubigen ist. Die Formulare hierzu sind bei der hiesigen Polizeibehörde zu haben. Jeder versee sich deshalb noch rechtzeitig mit einem solchen Formular. Diefüge Mitglieder einer Innung, für die ein Schiedsgericht errichtet ist und deren Arbeiter sich weder wählen noch wahlberechtigt. Verflume niemand sein Wahlrecht auszulassen, dann wird auch die Liste des Gewerkschaftskartells glänzend siegen.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin (Bl. 21). Donnerstag, den 11. August, bei Reichardt, Südlicher Str. 58: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Edwin Dab über: „Die Abtammung des Menschen“. Bitte herzlich willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Berliner Apachen.

An Straßenraub grenzte eine Straftat, welche gestern dem Händler Max Rosd vor die 10. Ferienstrafkammer des Landgerichts führte. — Eines Sonntags hatte der gerade aus der Provinz zugewandte Arbeiter Zweide einen nächtlichen Spaziergang durch verschleuderte Schankwirtschaften gemacht. In der Invalidenstraße, in der Nähe des alten Hamburger Bahnhofes, begegnete ihm der Angeklagte in Begleitung dreier, ebenfalls wenig vertrauens-erweckender Gestalten. Ehe J. ausweichen konnte, war er von den vier dunklen Ehrenmännern umringt, die ihn aufforderten, etwas zum besten zu geben. Als er sich weigerte, griff ihm der Angeklagte mit schnellem Griff in die Tasche und entwendete ihm das Portemonnaie mit vier Mark Inhalt. Der Bestohlene forderte sein Geld zurück, erhielt jedoch als Antwort nur höhnische Redensarten. Als er mit der Polizei drohte, die zwar nirgends zu sehen war, fielen die vier Begleiter über ihn her und prügelten ihn noch obendrein durch. Erst an der Scharnhorststraße gelang es ihm, einen Schutzmann zu finden, der den Angeklagten festnahm, während seine Spießgesellen flüchteten. Das Gericht hielt es für angebracht im Interesse der nächtlichen Sicherheit auf den Straßen ein Exemplar zu statuieren und erkannte auf eine Justhausstrafe von 1 1/2 Jahren und die üblichen Nebenstrafen.

Teilhaherschwindel.

Ein umfangreicher Gründungs- und Teilhaberschwindelprozeß beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kabe die 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Aus dem Zegeler Strafgefängnis, wo er seinerzeit eine ihm wegen Betruges subdiitets dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, wurde der Kaufmann und Restaurateur Wilhelm Willbrandt vorgeführt, um sich wegen Betruges in mehreren Fällen und schwerer Urkundenfälschung in einem weiteren Falle zu verantworten. — Der Angeklagte, welcher früher den Restaurationsbetrieb auf den zwischen Sahnitz und Trellsborg verkehrenden Schiffen inne hatte und nach seinen Angaben noch jetzt Besitzer des Strand-Hotels in Sahnitz ist, hat angeblich ein sehr wertvolles Patent zur Herstellung eines automatischen Vierdruckapparates erworben. Wie sich ergab, soll er auch hier schon in betrügerischer Weise vorgegangen sein, indem er eine völlig wertlose Hypothek auf ein Gut Reuhaus, welches schon bis über den Scharstein hinaus belastet war, in Zahlung gegeben hatte. Auf Grund dieses Patentes gründete der Angeklagte die „Delios-Werke“. Er ließ sich Friedbogen mit dieser Firma und mit allen möglichen hochtönenden Zusätzen bruden und ging dann in dieser Weise genügend vorbereitet auf den Teilhaberschwindel aus, da ihm der sonst bei derartigen Gründungen übliche Reaktions-schwindel zu gefährlich erschien. Auf Grund verschiedener Inserats engagierte er Lagerverwalter und Kassierer, denen er Beträge bis zu mehreren Tausend Mark abnahm, wofür diese die hohe Euro hatten, Teilhaber der „Delios-Werke“ zu werden. In einem Falle nahm er einem dieser Teilhaber sogar einen Betrag von 3500 Mark ab. Nebenher verübte B. verschiedene andere Schindeleien, bei denen er Geschäftsinhaber um größere Summen prellte. — Nach mehrstündiger Verhandlung hielt die Strafkammer den Angeklagten des wiederholten Betruges für überführt und erkannte unter Freisprechung in einigen Fällen auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.

Aus der Frauenbewegung.

Dameninteressen.

Ueber die Ziele der Frauenbewegung vertritt Frau Dr. S. Farkstein in einer im Verlage des Schweizerischen Genüßvereins (Zürich) herausgegebenen Broschüre Anschauungen und Forderungen des moralisierenden Typs der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die nichts anderes sehen als die Geschlechtsbürglichkeit des Weibes und die in einseitigem Kampfe gegen diese Bürglichkeit die Aufgabe der Frauenbewegung gelöst sehen. Der politische Kampf ist dieser Richtung die nur in der Bourgeoisie wurzelt, Nebensache, ja, sie ist von diesem gar nicht erbaud. Aber da sie das ausgesprochen Geschlechtliche in den Vordergrund schiebt, die Befreiung des Weibes von der Männerherrschaft propagiert, laufen politisch Indifferenten wohl leicht in die Rege dieser Sorte Frauenrechtlerinnen. Besonders dann, wenn die Propaganda so geschickt gemacht wird, wie von Frau Dr. S. Farkstein. Sie fordert nicht das Stimmrecht, sondern für die Frau das Recht jedweder Berufsarbeit, lediglich darum, damit sie auf sexuellem Gebiete so frei sich bewegen kann als der Mann. Den auherethischen Geschlechtsverkehr verwirft die Verfasserin aus gesundheitlichen Gründen. Damit die jungen Leute heiraten können, sollen alle Frauen erwerbstätig sein, dann, meint sie, seien die heutigen Ehehindernisse beseitigt, und das geschlechtsreife, gesunde Mädchen brauche nicht mehr zu warten, bis der ältere Mann mit Vermögen und — Epphitis ihrer Begehr. Deshalb erklärt sie: „Abhilfe kann einzig geschaffen werden durch die Berufsarbeit aller Frauen, insofern sie kein Vermögen haben; die Reorganisation der Frauenarbeit, nämlich die Trennung der Erwerbs- von der Hausfrauenarbeit und Kinderpflege, die Reform der Ehegesetze und die Abschaffung des § 140. Die Frau darf für den Mann nicht eine ökonomische Last sein, deshalb muß sie einen Beruf haben, die

